Presseschau vom 11.08.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter https://alternativepresseschau.wordpress.com/ *erreichbar.*

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.
In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert (Anleitungen u.a. hier) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.
Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist ZenMate, das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.
Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. …
https://kurz.rt.com/2tg9 bzw. hier

Dagmar Henn: **Trump und die Verfassung(en) des Westens**
Jetzt also eine Hausdurchsuchung bei einem ehemaligen US-Präsidenten. Und mit fast religiösem Eifer wird vorgebetet, wie nötig und sinnvoll das war. Dabei ist das nicht nur ein juristisch zweifelhaftes Vorgehen. Da wird – wieder einmal – die Axt an Verfassungsgrundsätze gelegt. …
https://kurz.rt.com/34i1 bzw. hier

Dagmar Henn: **Ehrlich erarbeitete Verachtung: Warum die Deutschen für ein Ende der Rundfunkgebühren sind**
In Frankreich wurden sie gerade abgeschafft. Ein entsprechender Schritt in Deutschland wäre zumindest einmal ehrlich, und würde die Farce einer Neutralität beenden, die schon längst begraben wurde. Das verstehen die Deutschen besser, als den Sendern lieb ist. …
https://kurz.rt.com/34ih bzw. hier

Karin Kneissl: **China und Taiwan: Die Kunst des Bluffs oder doch die letzte Warnung?**
Seit dem Besuch von Nancy Pelosi, der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, in Taiwan letzte Woche hat sich die politische und militärische Lage in der Region dramatisch verändert. Ist alles nur ein Bluff oder folgt demnächst die von Peking angestrebte Wiedervereinigung? …
https://kurz.rt.com/34ii bzw. hier

Darja Wolkowa, Aljona Sadoroschnaja: **Warum Kiew beschlossen hat, die gefangenen Kämpfer aus dem Asow-Stahlwerk zu töten**
Schon wieder haben die ukrainischen Streitkräfte ein Massaker angerichtet. Diesmal wurde ein Anschlag auf das Untersuchungsgefängnis Jelenowka in der DVR verübt, wo ukrainische Kriegsgefangene untergebracht waren. Dort befanden sich auch Kämpfer des Asow-Bataillons, die sich ergeben hatten und nun gegen ihre Befehlshaber aussagten. Warum mussten die ukrainischen Streitkräfte ihre eigenen Soldaten beseitigen? …
https://kurz.rt.com/34iy bzw. hier

Gert Ewen Ungar: **Neue Führung bei der DGAP – transatlantische und antirussische Kontinuität**
Guntram Wolf hat zum August die Leitung des deutschen Thinktanks DGAP übernommen. Die DGAP berät Politik und Wirtschaft in außenpolitischen Fragen. In einem Interview steckt Wolff künftige Themenfelder des Instituts ab. Es wird klar, die DGAP bleibt sich treu. …
https://kurz.rt.com/34g8 bzw. hier

Sergei Koljasnikow: **Nicht nur Satire: Sonneborns Hitler-Kommentar stellt Wiederholung der Geschichte fest**
Martin Sonneborns Suggestion, die Rolle Hitlers werde neubewertet, ist kaum nur als Satire gemeint, sondern auch als warnende Bestandsaufnahme mit Rückblick in die Geschichte des kollektiven Westens, die sich zu wiederholen scheint. …
https://kurz.rt.com/34h8 bzw. hier

Seyed Alireza Mousavi: **Erhöhter Druck auf Iran: Vorwürfe wegen Waffengeschäft mit Moskau und Anschlagsversuch auf Bolton**
Der Westen erhöht durch eine groß angelegte Medienkampagne Druck auf Iran. Die USA überhäuften die iranische Regierung in den vergangenen Tagen mit zahlreichen Vorwürfen, nachdem Gespräche zur Wiederbelebung des Atomabkommens vonseiten der EU für beendet erklärt worden waren. …
https://kurz.rt.com/34j5 bzw. hier

Glenn Diesen: **Wenn sich eine Niederlage an der Front abzeichnet, haben die USA schon einen Sündenbock: Selenskij**
Mit dem allmählichen Zusammenbruch entlang der Verteidigungslinien der Ukraine an der Front ändert sich in den westlichen Medien zunehmend die Linie der Narrative um den Präsidenten der Ukraine. …
https://kurz.rt.com/34j7 bzw. hier

de.rt.com: **Kiew bläst Cherson-Gegenoffensive ab: Ankündigung war "psychologische Kriegsführung"**
Angesichts der abgesagten Gegenoffensive im Gebiet Cherson will die Kiewer Führung nun gute Miene zum bösen Spiel machen. Die Vorbereitung sei ein psychologischer Kniff gewesen, so das Präsidialbüro. Offenbar wollte Kiew das dort geplante Referendum vereiteln. …
https://kurz.rt.com/34k0 bzw. hier

Marinko Učur: **Albanischer Kriegsschrei aus Pristina – mit erkennbar amerikanischem Akzent**
Wie sehr sich die Ukraine-Krise und die russische Sondermilitäroperation auf dem Balkan widerspiegeln, wird vielleicht am besten durch einige, wenn auch nicht übermäßig laute Ankündigungen aus Kiew bestätigt, dass Selenskijs Regierung ihren früheren Status der Nichtanerkennung der Unabhängigkeit der selbsternannten serbischen Provinz Kosovo überdenken könnte. …
https://kurz.rt.com/34ff bzw. hier

abends/nachts:

20:32 de.rt.com: **Getreide für Afrika – Ukrainisches Versprechen bisher nicht eingehalten**
Laut der Tageszeitung New York Times fahren Schiffe, die mit ukrainischem Getreide beladen sind, in Richtung Europa und China – jedoch nicht, wie ursprünglich von Kiew angekündigt, in Richtung Afrika.
Laut der New York Times ist keines der Schiffe, die am Dienstag ukrainische Häfen verlassen haben und mit ukrainischem Getreide beladen sind, in Richtung afrikanischer Länder unterwegs, obwohl diese am stärksten von einer Hungersnot bedroht sind. Das erste Schiff, das durch den sogenannten "Getreidekorridor" in den Gewässern des Schwarzen Meers losfuhr, wurde kurz nach dem Ablegen darüber informiert, dass seine Ladung von den ursprünglichen Abnehmern im Libanon abgelehnt wurde, die sich dabei auf die massive Verspätung der Lieferung beriefen.
Seit Inkrafttreten der Vereinbarung über den Transport von ukrainischem Getreide durch den Seekorridor am 1. August haben zehn Schiffe ukrainische Häfen verlassen, die hauptsächlich Tierfutter gebunkert hatten. Ein Schiff fuhr Richtung Großbritannien, ein anderes in Richtung Irland, während weitere Frachter sich auf den Weg in die Türkei, nach Italien und China machten. Keines der Schiffe schien somit für den Jemen, Somalia oder andere Länder Afrikas

bestimmt zu sein, die von "katastrophalen Hungersnöten" bedroht sind, wie die New York Times am Dienstag berichtete. Dabei hatte am Tag zuvor Präsident Wladimir Selenskij seinem Amtskollegen Mokgweetsi Masisi aus Botswana versichert, die Ukraine sei bereit, "weiterhin ein Garant für die weltweite Ernährungssicherheit zu sein".

Das erste Schiff, das sein Ziel erreichte, war die unter türkischer Flagge fahrende "Polarnet", die am Montag mit 12.000 Tonnen Mais im türkischen Derince anlegte. Der Außenminister der Ukraine, Dmitri Kuleba, feierte dessen Ankunft und schrieb auf Twitter, dies sende "eine Botschaft der Hoffnung an jede Familie im Nahen Osten, in Afrika und in Asien" und fügte hinzu:

"Die Ukraine wird niemanden im Stich lassen."

Allerdings sind die meisten der 20 Millionen Tonnen Getreide, die in den vergangenen Monaten in ukrainischen Häfen gelagert wurden, nur als Tierfutter zu gebrauchen und nicht für den menschlichen Verzehr bestimmt, so Experten, die von Associated Press zitiert wurden. Das erste Schiff, das die Ukraine im Rahmen der Vereinbarung über den "Getreidekorridor" verließ, transportierte 26.000 Tonnen Hühnerfutter, das für den Libanon bestimmt war. Der unter der Flagge von Sierra Leone fahrende Frachter "Razoni" verließ Odessa am 1. August – nur um dann am vergangenen Montag zurückgewiesen zu werden, nachdem der libanesische Käufer die Annahme der Sendung mit der Begründung verweigert hatte, dass sie mehrere Monate zu spät sei.

Auf die Ukraine entfallen etwa fünf Prozent der weltweiten Getreideexporte, während der Anteil Russlands am Weltmarkt viermal so groß ist. Kiew unterstellte Russland, ukrainische Häfen zu "blockieren", während Moskau dies zurückwies und das ukrainische Militär beschuldigte, die Seewege im Schwarzen Meer vermint zu haben.

Schließlich vermittelten die Vereinten Nationen und die Türkei ein Abkommen, um eine sichere Passage für Schiffe zu arrangieren, die ukrainische Häfen anlaufen müssen. Abfahrende Schiffe werden inspiziert, um sicherzustellen, dass sie tatsächlich Getreide, Dünger oder Lebensmittel transportieren, während ankommende Schiffe hauptsächlich auf Waffen durchsucht werden.

Das Abkommen sollte ursprünglich auch Lösungen für die westlichen Sanktionen gegen die russische Schifffahrt beinhalten, da diese Russland effektiv daran hindern, Lebensmittel, Düngemittel und andere Waren an Abnehmer in Afrika und Südamerika zu liefern. In einem im vergangenen Monat in mehreren großen afrikanischen Medien veröffentlichten Gastkommentar gelobte der russische Außenminister Sergei Lawrow, Moskau werde "alle Maßnahmen ergreifen", um die vertraglich zugesagten Lieferungen sicherzustellen.

Die Wiederaufnahme der ukrainischen Getreideexporte gilt als wichtig für die Stabilisierung der Lebensmittelpreise auf dem Weltmarkt. Vorerst wird Kiew aus Sicherheitsgründen allerdings täglich nur drei Schiffe ablegen lassen. Angesichts der Millionen Tonnen von Getreide in der Ukraine bezweifeln Experten jedoch, dass der Abtransport vollends zu schaffen ist. Für die eingelagerten 20 Millionen Tonnen müssten rund 570 Schiffsladungen abgefertigt werden.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f3bc34b480cc2b92613a4b.jpg
Die mit Mais beladene "Razoni" unterwegs durch den Bosporus, mit Kurs auf den Libanon, 3. August 2022

20:32 de.rt.com: **Zivilist in Donezk von "Lepestok"-Mine in die Luft gesprengt**
Im Donezker Stadtteil Petrowski ist ein Mann von einer "Lepestok"-Mine in die Luft gesprengt worden. Der Zivilist sei verletzt worden. Dies teilte das Verteidigungshauptquartier der Donezker Volksrepublik mit. Die "Lepestok"-Schützenabwehr-Sprengmine (PFM-1) verwundet Beine und wird beim Drauftreten ausgelöst.
Die Vertretung der Volksrepublik Donezk beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes registrierte wiederholt den Einsatz von "Lepestok"-Minen durch ukrainische Truppen in den Städten der Republik.
Zuvor hatte die Ständige Vertretung Russlands bei den Vereinten Nationen ein Schreiben an den Sicherheitsrat gerichtet, in dem es um den Einsatz dieser Minen gegen Zivilisten im Donbass durch Kiew ging. Das Schreiben wurde auch an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gesandt.
Die Ukraine ratifizierte 2005 das Ottawa-Abkommen, das den Einsatz, die Lagerung und die Herstellung von Antipersonenminen verbietet. Mit dem Einsatz der "Lepestok"-Minen verstößt Kiew gegen seine internationalen Verpflichtungen.

20:58 de.rt.com: **Melitopol: Sprengsatz explodiert im Zentrum für humanitäre Hilfsgüter**
In einem Zentrum für Verteilung humanitärer Hilfe in der russisch kontrollierten Stadt Melitopol im Gebiet Saporoschje hat sich eine Explosion ereignet. Dies gab das Mitglied des Hauptrats der regionalen Verwaltung Wladimir Rogow bekannt. In einem Beitrag auf Telegram zeigte er die durch die Explosion verursachten Zerstörungen und beschuldigte die Ukraine:
"Ukrainische Terroristen haben versucht, das Zentrum für Verteilung humanitärer Hilfe der Bewegung 'Wir sind zusammen mit Russland' in Melitopol zu sprengen. Durch die Explosion wurden die Fensterscheiben ausgeschlagen, ernsthafte Zerstörungen gibt es nicht. Es gibt keine Opfer oder Verletzte."
Rogow zufolge wurde die Explosion durch einen improvisierten Sprengsatz verursacht. Das Ziel des Anschlags sei es sicherlich gewesen, die Zivilisten einzuschüchtern und die Hilfslieferungen zu behindern. Die einheimischen Zivilisten, darunter auch solche, die aus ukrainisch kontrollierten Teilen des Gebiets Saporoschje geflohen waren, verurteilen den Anschlag, erklärte der Politiker.

21:15 de.rt.com: **Umfrage in Polen: Mehr als die Hälfte der Bürger für Wiedereinführung der Wehrpflicht**
Eine neue Umfrage in Polen soll ergeben haben, dass mehr als die Hälfte der polnischen Bürger eine Wiedereinführung der Wehrpflicht in ihrem Land unterstützen. Einer Repräsentativumfrage des Meinungsforschungsinstituts CBOS nach hätten 54 Prozent der mehr als 1.000 Befragten eine Wehrpflicht befürwortet.
Überdies hätten 78 Prozent der Befragten militärische Schulungen für Zivilisten begrüßt. Lediglich 15 Prozent hätten sich kategorisch gegen eine Wiedereinführung der Wehrpflicht ausgesprochen.
Polen grenzt an die Ukraine, wo derzeit schwere Gefechte toben. Seit Beginn des Krieges im Nachbarland sollen rund 5,4 Millionen Menschen aus der Ukraine zunächst nach Polen geflüchtet sein.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f3d41eb480cc178d1cc216.jpg

21:37 de.rt.com: **DVR verstärkt Flugabwehr in Umgebung Donezk**
Die Miliz der Volksrepublik Donezk hat bekannt gegeben, dass die Flugabwehr in der Umgebung von Donezk verstärkt worden sei. Ein Vertreter des Ressorts teilte mit: "Die Gefechtsbesatzungen bekämpfen nicht nur qualitativ feindliche Drohnen, sondern erhöhen auch die Kontrolle von Luftzielen anderer Art erheblich. Die Wirksamkeit der gegnerischen Langstreckenwaffen wurde in der Umgebung Donezk deutlich verringert."
Die ukrainischen Streitkräfte beschießen regelmäßig bewohnte Gebiete in der DVR und LVR. Für die Angriffe wird auch Artillerie des Kalibers 155 Millimeter eingesetzt, mit denen NATO-Länder ausgestattet sind.

21:44 de.rt.com: **Bericht: Mit Bezahlung der Gasrechnung in Rubel erholt sich Türkei zum Teil von Wirtschaftskrise**
Die Türkei leidet unter einer starken Inflation. In diesem Zusammenhang will sie einen Teil der Energielieferungen aus Russland künftig in Rubel zahlen, um eine weitere Welle von Preiserhöhungen im Land zu verhindern.
Präsident Erdoğan war Anfang August in Sotschi mit dem russischen Präsidenten Putin zusammengetroffen. Dabei hatten beide einen Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit vereinbart, unter anderem im Energiebereich. Das Treffen hatte für Aufsehen gesorgt, vor allem, als die Regierung in Ankara bestätigte, dass die Türkei einen Teil der Lieferungen von russischem Erdgas künftig in Rubel bezahlen und das russische Zahlungssystem "Mir" stärker nutzen will. Die Nutzung von "Mir" wird, laut türkische Angaben, auch russischen Touristen den Aufenthalt in der Türkei erleichtern.
Die türkische Wirtschaft steht kurz vor dem Zusammenbruch, die Inflation lag zuletzt offiziell bei fast 80 Prozent. Experten schätzen, dass der wahre Wert sogar doppelt so hoch ist. Nun berichtet Finanznachrichtendienst Bloomberg, die Zahlung eines Teils des importierten Gases aus Russland in Rubel bedeute eine Erleichterung für die türkischen politischen Entscheidungsträger, um die Lira stabil zu halten und eine weitere Welle von Preiserhöhungen vor den Wahlen im nächsten Jahr abzuwenden. Der türkische Staatschef möchte die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland in einer Zeit vertiefen, in der westliche Unternehmen gezwungen seien, das Land zu verlassen, ohne einen offenen Bruch mit den traditionellen NATO-Verbündeten zu provozieren, kommentiert Bloomberg weiter.
Das Treffen zwischen dem türkischen Staatschef und Putin fand drei Wochen nach ihrem Treffen im Iran statt. Die Vertiefung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern beunruhigt westliche Staaten. Hinter den Kulissen würden auch Strafmaßnahmen gegen die Türkei diskutiert, berichtete bereits die Financial Times. Bislang habe es aber keine offiziellen Gespräche über derartige Maßnahmen für die Türkei gegeben.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f3ab6a48fbef697b196967.jpg
Russlands Präsident Wladimir Putin empfing am 5. August den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan in Sotschi am Schwarzen Meer in einem Prachterholungshotel namens „Rus“.

22:01 de.rt.com: **Stromversorgung von mehr als 4.000 Haushalten in Donezk unterbrochen**
Der Stab der Territorialverteidigung der Volksrepublik Donezk (DVR) hat gemeldet, dass der ukrainische Beschuss der Stadt für einen Stromausfall in mehr als 4.000 Haushalten von Donezk sorgte. Die Behörde gab auf Telegram bekannt:
"Durch den Beschuss seitens bewaffneter Verbände der Ukraine blieben 4.500 Haushalte im Kirowski Bezirk von Donezk ohne Stromversorgung."
Wie die Vertretung der DVR meldete, hatte Kiews Militär während des gestrigen Tages insgesamt 295 Geschosse abgefeuert und dabei Artillerie der Kaliber 155, 152 und 122 Millimeter sowie Grad-Raketenwerfer eingesetzt.

22:01 de.rt.com: **Britisches Außenministerium bestellt chinesischen Botschafter wegen Manöver vor Taiwans Küste ein**
Die britische Außenministerin Liz Truss hat den chinesischen Botschafter wegen chinesischer Militärübungen vor der Küste Taiwans nach Pelosi-Besuch vorgeladen. In der Erklärung forderte das Land China dringend auf, alle Differenzen friedlich beizulegen.
Der chinesische Botschafter in Großbritannien, Zheng Zeguang, wurde wegen der jüngsten Aktionen und Äußerungen Pekings zu Taiwan ins britische Außenministerium einbestellt. In einer im Namen der britischen Außenministerin Liz Truss abgegebenen Erklärung hieß es:
"Ich habe die Beamten angewiesen, den chinesischen Botschafter vorzuladen, damit er das Vorgehen seines Landes erklärt. Wir haben in den letzten Monaten ein zunehmend aggressives Verhalten und eine Rhetorik Pekings erlebt, die den Frieden und die Stabilität in der Region bedrohen. Das Vereinigte Königreich fordert China auf, alle Differenzen unverzüglich friedlich und ohne Androhung von Gewalt oder Zwang beizulegen."
Sie erinnerte daran, dass das Vereinigte Königreich und seine Partner die Eskalation Chinas in der Region um Taiwan auf das Schärfste verurteilt haben, und verwies auf die jüngste Erklärung der G7 zu diesem Thema. Laut der Mitteilung des britischen Außenministeriums wird Zheng Zeguangs Gesprächspartner im britischen Außenministerium der Zweite Ständige Unterstaatssekretär Tim Barrow sein.
China hatte in der vergangenen Woche eine Reihe von Militärübungen entlang der Küste von Taiwan durchgeführt, da die Spannungen in der Straße von Taiwan nach der Reise der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, nach Taipeh am 2. und 3. August zugenommen haben. Peking warnte Washington wiederholt, dass es Vergeltungsmaßnahmen ergreifen würde, wenn der Besuch von Pelosi, die als Sprecherin des Repräsentantenhauses den drittwichtigsten Posten in der US-Regierungshierarchie innehat, stattfinden würde. Am 4.

August begann das chinesische Militär mit groß angelegten Manövern und Raketenbeschuss in sechs Gebieten in Taiwans Gewässern. Die Übung sollte eigentlich am Sonntagmittag Ortszeit (6:00 Uhr Berliner Zeit) enden, wurde aber nach Angaben des chinesischen Verteidigungsministeriums auf unbestimmte Zeit verlängert.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f3d26248fbef14f60fb5ee.jpg
Zheng Zeguang, der chinesische Botschafter in Großbritannien

22:19 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Kiew will Geheimdienst nach Charkow schicken, um russlandtreue Personen zu identifizieren und zu bestrafen**
Wie TASS meldet, soll das Kiewer Regime planen, eine Gruppe von Mitarbeitern des Geheimdienstes SBU nach Charkow zu schicken, um russlandtreue Bürger zu identifizieren und zu bestrafen. Dies erklärte Generaloberst Michail Misinzew, Leiter des russischen Zentrums für Verteidigungsmanagement, am Mittwoch.
"Es ist zuverlässig bekannt, dass das Kiewer Regime plant, in naher Zukunft unter dem Vorwand, nach angeblichen Beobachtern von Luft- und Artillerieangriffen der russischen Streitkräfte zu suchen, eine Gruppe des SBU und anderer Sicherheitsbehörden nach Charkow zu entsenden, um eine weitere groß angelegte Strafaktion durchzuführen, bei der russlandtreue Bürger (die sich pro-russisch äußern) identifiziert und anschließend wegen Kollaboration angeklagt werden sollen",
so Misinzew, der auch das russische Hauptquartier zur Koordinierung der humanitären Hilfe in der Ukraine leitet.
Ihm zufolge werden die inhaftierten Bürger Androhungen physischer Gewalt gegen ihre Familienangehörigen, Gewalt und Folter ausgesetzt sein, wie es bereits in Odessa, Nikolajew, Slawjansk, Sumy, Tschernigow und einer Reihe anderer Orte geschehen ist.
Misinzew sagte, dass die SBU-Offiziere beabsichtigen, als Gründe für die Inhaftierung der Stadtbewohner die Historie der Anrufe und SMS-Nachrichten an russische Nummern zu verwenden, die in ihren Telefonen gefunden wurden, Korrespondenz in Messenger-Diensten, die die gegenwärtigen ukrainischen Behörden verurteilen, Abonnements russischer Kanäle in sozialen Netzwerken, Foto- oder Videomaterial von den Ergebnissen der Niederlage ukrainischer Militäreinrichtungen und Informationen aus Denunziationen durch ihre Nachbarn, Freunde, Verwandte oder Bekannte.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f40c94b480cc6da51a8814.jpg
Eingang zum Hauptgebäude des ukrainischen Geheimdienstes SBU in Kiew

22:23 de.rt.com: **Strategische Kehrtwende: Russland bringt iranischen Überwachungssatelliten ins All**

Russland hat für den Iran einen Überwachungssatelliten ins All geschossen. Nach Angaben der "Washington Post" kann der Satellit hochauflösende Aufnahmen von der Erde machen und erhöht damit die militärischen Möglichkeiten Teherans im Persischen Golf deutlich.

Russland brachte am Sonntag für den Iran einen Überwachungssatelliten ins All. Der Start erfolgte auf dem kasachischen Weltraumbahnhof Baikonur, wie die Agentur Interfax berichtete. Die Sojus-Rakete transportierte insgesamt 17 Sonden ins All. Die Größte ist der iranische Überwachungssatellit "Chayyam". Die iranischen Medien haben inzwischen gemeldet, erste Daten des Satelliten seien bereits empfangen worden.

Der Minister für Informations- und Kommunikationstechnologie im Iran, Eisa Zarepour, sagte, dass die Produktionslinie für solche Satelliten in Zusammenarbeit mit Russland aktiv bleiben werde, und fügte hinzu, dass es für iranische Techniker eine große Ehre sei, mit russischen Technikern zusammenzuarbeiten, die über mehr als sechs Jahrzehnte Erfahrung in diesem Bereich verfügen.

Nach Angaben der Washington Post kann der Satellit hochauflösende Aufnahmen von der Erde machen und erhöht damit die militärischen Möglichkeiten Teherans im Persischen Golf deutlich. In den nächsten Monaten werde Russland die Sonde aber zunächst selbst im Krieg gegen die Ukraine nutzen, behauptet die US-Zeitung.

Die iranische Regierung dementierte bereits einen Einsatz des Chayyam-Satelliten im Ukraine-Krieg. Der Satellit soll ausschließlich der iranischen Regierung zugänglich sein und vor allem im Bereich der Landwirtschaft sowie für den Umwelt- und Katastrophenschutz zum Einsatz kommen.

Der Satellitenstart ist der jüngste Hinweis auf eine verstärkte militärische und politische Zusammenarbeit zwischen Moskau und Teheran. Die Meldung erfolgte zwei Wochen nach einem Besuch des russischen Präsidenten Wladimir Putin in Teheran, wo er mit dem iranischen Obersten Führer Ali Chamenei zusammentraf, der die "langfristige Zusammenarbeit" Teherans mit Moskau lobte.

Russland hatte im Jahr 2005 bereits den ersten iranischen Satelliten namens Sina-1 ins All geschickt. Iran besteht darauf, dass sein Weltraumprogramm nur zivilen Zwecken und der Landesverteidigung diene. Der Westen befürchtet aber, dass die für Satellitenstarts genutzten Systeme Technologien enthalten, die auch für atomwaffenfähige Raketen genutzt werden könnten.

22:28 de.rt.com: **Litauen entzieht Eislaufpaar Staatsorden - wegen geplanten Auftritts in**

Russland
Litauen hat zwei Eiskunstläufern ihre Staatspreise entzogen. Der Grund: Die beiden Sportler hatten zugesagt, an einer Eiskunst-Show in Russland teilzunehmen. Das Projekt wird von Tatjana Nawka, der Ehefrau des Kremlsprechers Dmitri Peskow, organisiert.
Litauens Präsident Gitanas Nausėda hat wegen eines Auftritts bei einer Show in Russland die Staatsauszeichnungen für das Eistanzpaar Margarita Drobjasko und Povilas Vanagas zurückgenommen. Dem Duo werden die im Jahr 2000 verliehenen Orden entzogen, teilte die Präsidialkanzlei in Vilnius am Mittwoch mit. Der Staatschef folgte damit einer Empfehlung des Litauischen Rats für Staatsauszeichnungen.
"Genug ist genug!", begründete Nausėda seine Entscheidung. Er erklärte:
"Ich habe keinen Zweifel daran, dass das Eistanzpaar hervorragende Athleten waren, aber sie haben ihre Verdienste um Litauen, für die sie im Jahr 2000 ausgezeichnet wurden, mit ihrer zynischen Tat zunichtegemacht."
In Litauen hatte zuvor für Aufsehen gesorgt, dass die beiden an einem Schwanensee-Ballett auf Eis in Sotschi teilnehmen werden. Präsentiert wird die vom 9. bis 18. August in der Schwarzmeerstadt laufende Show von der russischen Eistänzerin Tatjana Nawka, die zugleich Ehefrau des Kremlsprechers Dmitri Peskow ist.
Die gebürtige Russin Drobjasko, die im Jahr 1993 die litauische Staatsbürgerschaft erhielt, und Vanagas hatten Litauen bei insgesamt fünf Olympischen Spielen und fast einem Dutzend internationalen Meisterschaften vertreten.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f3b28fb480cc18d67cc6f2.jpg
Margarita Drobjasko und Povilas Vanagas am 6. April 2019 in Moskau

22:36 de.rt.com: **Ammoniak-Auslauf nach ukrainischem Beschuss der Donezker Brauerei**
Der Stab für Territorialverteidigung der Volksrepublik Donezk hat über sein offizielles Telegramkanal den Beschuss der Donezker Brauerei durch ukrainisches Militär gemeldet. Der Angriff habe einen Auslauf von Ammoniak verursacht.
"Durch einen Beschuss durch ukrainische bewaffnete Verbände des Geländes der Donezker Brauerei, die im Stadtbezirk Kalininski liegt, ereignete sich ein Auslauf von Ammoniak. Der Schadensradius beträgt zwei Kilometer."
Videoaufnahmen aus den sozialen Netzwerken zeigen einen massiven Brand und Notfalldienste im Einsatz. Das Katastrophenschutzministerium der DVR empfahl den Stadtbewohnern, sich nicht im Freien aufzuhalten, die Fenster geschlossen zu lassen und Atemschutz zu tragen.

22:50 de.rt.com: **Rosatom nimmt erste Anlagen im bolivianischen Kernforschungszentrum CIDTN in den Testbetrieb**
Der russische Atomkonzern Rosatom hat die ersten Anlagen im Kernforschungszentrum CIDTN im bolivianischen El Alto fertig gebaut. Sie sind seit dem 5. August in Testbetrieb. Bis

zum Jahr 2025 soll in der Stadt der weltweit höchstgelegene Atommeiler eingeweiht werden. Seit dem 5. August sind in der bolivianischen Stadt El Alto erste Anlagen im weltweit höchstgelegenen Kernforschungszentrum in Testbetrieb. Für das Bauprojekt, das in einer Höhe von 4.000 Metern über dem Meeresspiegel umgesetzt wird, ist der russische Atomkonzern Rosatom zuständig. Das Zentrum zur Erforschung und Entwicklung von Kerntechnologien (CIDTN) soll voraussichtlich bis zum Jahr 2025 fertig gebaut werden.
Bei der ersten Anlage, die nun getestet wird, handelt es sich um einen Zyklotron-Komplex, der bolivianische Krankenhäuser mit Radiopharmaka für klinische Untersuchungen versorgen soll. Dadurch sollen über 5.000 Patienten im Jahr die Möglichkeit bekommen, mit den fortschrittlichsten Mitteln untersucht zu werden.
Die zweite technische Vorrichtung ist eine Mehrzweck-Bestrahlungsanlage, die mit einem industriellen Gammastrahler bestückt ist. Damit können mehr als 70 Tonnen landwirtschaftlicher Erzeugnisse pro Tag behandelt werden, was ihre Haltbarkeit verlängern soll. Außerdem können mit dieser Anlage medizinische Geräte keimfrei gemacht werden.
Nach Angaben von Jewgeni Pakermanow, dem Präsidenten des Bauunternehmens Rusatom Overseas, sei dies aus mehreren Gründen ein einmaliges Projekt. Erstens befinde es sich in einer Höhe von 4.000 Metern über dem Meeresspiegel. Zweitens sei es der erste Rosatom-Bau in Bolivien. Drittens habe der russische Konzern seit über 20 Jahren keine Forschungsreaktoren mehr im Ausland errichtet. Viertens habe Russland noch nie solche großen Anlagen in Lateinamerika gebaut.
"Schon jetzt stellen Bolivianer, die die entsprechende Ausbildung absolviert haben, im Zyklotron-Komplex Fluorglucose her, ein sehr wichtiges Radiopharmakon für die Diagnose von Krebskrankheiten."
Zudem habe man in dieser Anlage erstmals in Bolivien Technetium gewonnen. Dieses chemische Element könne aufgrund von technischen Schwierigkeiten nur in ein paar Ländern der Welt produziert werden. Nach dem Abschluss aller Tests und der Zertifizierung durch die jeweiligen Aufsichtsbehörden werde der Zyklotron-Komplex bolivianische Kliniken mit Radiopharmaka beliefern, so Pakermanow.
Unter den mehr als zehn geplanten Anlagen des CIDTN ist auch ein Atommeiler, der ein gemeinsames Projekt des russischen Atomkonzerns und der bolivianischen Atomenergiebehörde ABEN ist. Bislang sind die ersten zwei Bauetappen vorbei. Der Reaktor soll voraussichtlich in drei Jahren betriebsfertig sein.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f3bcbeb480cc19eb24ad3a.jpg
Zentrum zur Erforschung und Entwicklung von Kerntechnologien (CIDTN) im bolivianischen El Alto

22:51 de.rt.com: **Amnesty International-Mitbegründer tritt wegen des Berichts über**

ukrainische Verbrechen zurück

Nach 60 Jahren der Zusammenarbeit mit dem schwedischen Büro von Amnesty International hat der Mitbegründer Per Wästberg die Organisation verlassen. Er widersprach dem Bericht, in dem die ukrainischen Streitkräfte beschuldigt werden, gegen das Kriegsrecht zu verstoßen.

Per Wästberg, Mitbegründer der schwedischen Abteilung von Amnesty International, ist von seinem Amt zurückgetreten, weil er mit der Veröffentlichung des Berichts über Verstöße gegen das Kriegsrecht durch die ukrainischen Streitkräfte nicht einverstanden ist. Dies sagte er in einem Gespräch mit der Zeitung Svenska Dagbladet. Wästberg teilte mit:

"Schweren Herzens beende ich aufgrund der Äußerungen von Amnesty zum Krieg in der Ukraine meine lange und fruchtbare Zusammenarbeit mit dieser Organisation."

Die Organisation hatte sich zunächst auf die Freilassung von Gefangenen konzentriert, habe aber im Laufe der Zeit ihr Mandat erweitert, sagte er.

Wästberg gründete Amnesty Schweden gemeinsam mit Hans Göran Franck im Jahr 1964. Er war von 1976 bis 1982 Chefredakteur der größten schwedischen Tageszeitung Dagens Nyheter und ist seit 1998 Mitglied des Nobelpreiskomitees für Literatur.

Amnesty International hatte vor etwa einer Woche, am 4. August, einen Bericht über das Vorgehen des ukrainischen Militärs und dessen Verstöße gegen die Kriegsgesetze veröffentlicht. Nach Angaben der Organisation habe das ukrainische Militär militärisches Gerät in Wohngebieten, Krankenhäusern und Schulen eingesetzt und damit die Zivilbevölkerung einer Gefahr ausgesetzt. Unter anderem nutzte das ukrainische Militär in Artjomowsk (Bachmut) ein Universitätsgebäude als Militärstützpunkt und beschädigte infolge des Kriegs nahe gelegene Wohnhäuser, so Menschenrechtsaktivisten. In den meisten Schulen (22 von 29), die von Mitarbeitern von Amnesty International im Südosten der Ukraine besucht wurden, befanden sich ukrainisches Militär, militärische Ausrüstung oder Waffen, so der Bericht.

Die Leiterin des ukrainischen Büros von Amnesty International, Oksana Pokaltschuk, trat nach der Veröffentlichung des Berichts zurück. Sie erklärte, die Organisation habe dem ukrainischen Verteidigungsministerium "zu wenig Zeit für eine Antwort" gegeben. Pokaltschuk bezeichnete den Inhalt des Berichts als "Unterstützung russischer Narrative".

Die ukrainischen Behörden kritisierten den Bericht. Amnesty International versuche, Russland zu "amnestieren" und "die Verantwortung auf das Opfer abzuwälzen", sagte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij. Michail Podoljak, Berater des Büroleiters des Präsidenten, forderte eine Überprüfung, ob Amnesty International von Russland profitiert hätte. Er sagte, dass die internationalen humanitären Institutionen diskreditiert seien.

Die russische Botschaft in den USA nahm die Veröffentlichung positiv auf. In einer Erklärung der diplomatischen Vertretung hieß es, die Gegenreaktion sei ein Zeichen dafür, wie schwierig es sei, "die Wahrheit zum Schweigen zu bringen". Die USA beschuldigen Russland der Kriegsverbrechen, verfolgen aber nur eine "Verzerrung der Wahrheit", so die Botschaft.

Amnesty International betonte, dass das Ignorieren von Menschenrechtsverletzungen durch eine der Konfliktparteien keine "überzeugende Berichterstattung" über die Menschenrechtslage darstelle und dass der Bericht über die ukrainischen Streitkräfte nicht bedeute, das Vorgehen Russlands zu rechtfertigen. Die Organisation gab an, dass sie die ukrainischen Behörden am Freitag, dem 29. Juli, um eine Stellungnahme gebeten hatte, die die Verfasser des Berichts fünf Tage später, am Mittwoch, dem 3. August, noch nicht erhalten hatten.

Amnesty International erklärte, dass die Schlussfolgerungen des Berichts über das Vorgehen der ukrainischen Streitkräfte nicht überdacht würden. Die Organisation versicherte, dass der einzige Zweck des Berichts darin bestehe, den Schutz der Zivilbevölkerung zu gewährleisten, und dass das "Leid und der Ärger", die durch die Veröffentlichung verursacht wurden, zutiefst bedauerlich seien.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f3bf9548fbef14f60fb5d4.jpg

22:53 de.rt.com: **Stellvertretender Befehlshaber der DVR kommentiert laufende Offensive**
Der stellvertretende Befehlshaber der Volksmiliz der DVR, Eduard Basurin, hat den Verlauf der Offensive der Donezker Streitkräfte gegen die ukrainischen befestigten Stellungen um die Stadt Awdejewka kommentiert. Wie er der Nachrichtenagentur RIA Nowosti mitteilte, gebe es gegenwärtig zwei Vorstoßrichtungen. Westlich von Donezk laufe nach dem Durchbruch der ukrainischen Verteidigungslinie in der Siedlung Peski der Sturm auf die Städte Marjinka und Krasnogorowka. Im Norden der DVR werde indessen in den Städten Artjomowsk (ukr. Bachmut) und Soledar gekämpft. Die für den ukrainischen befestigten Raum namensgebende Stadt Awdejewka soll dagegen Basurin zufolge eingeschlossen werden:
"Nach Awdejewka kommt niemand herein und niemand hat eine Absicht, es zu tun. Die Stadt wird eingekreist werden, denn unsere Kräfte stoßen nördlich dieser Siedlung vor, um die ukrainischen Militärs, die in der Stadt bleiben, einzukreisen. Sie werden in Gefangenschaft kommen oder fallen, die Wahl liegt bei ihnen."

vormittags:

7:00 de.rt.com: **LVR-Geheimdienst: Ukrainische Soldaten verbrennen auf dem Schlachtfeld zurückgelassene Leichen von Söldnern**
Kämpfer des Aufklärungsbataillons der Lugansker Volksmiliz haben bei einer Aufklärungsmission nahe der Stadt Soledar in der Volksrepublik Donezk verbrannte Leichen von Kämpfern aus den Reihen der ukrainischen Streitkräfte entdeckt. Das teilten sie der Nachrichtenagentur RIA Nowosti mit.
Laut Angaben der Späher lagen die Leichen neben Kratern, die von Artillerieeinschlägen herrühren. Beim Rückzug sollen die ukrainischen Truppen die Toten mit Benzin übergossen und angezündet haben.
Die LVR-Kämpfer gehen davon aus, dass es sich um die Überreste ausländischer Söldner handelt, die für Kiew gekämpft haben. Das Verbrennen der Leichen solle eine Identifizierung erschweren, hieß es.
Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums von Mitte Juli sind seit dem 24. Februar bereits mehr als 7.100 Söldner aus mehr als 60 Ländern in der Ukraine eingetroffen.

7:34 de.rt.com: **IAEO-Generaldirektor will Expertenmission am Kernkraftwerk Saporoschje persönlich leiten**
Rafael Grossi, der Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), hat erklärt, dass er den UN-Sicherheitsrat über die Vorbereitung einer Expertenmission zum Kernkraftwerk Saporoschje informieren wird, die er persönlich leiten will. Er betonte:

"Mehr denn je ist die Präsenz der IAEO in der Anlage von größter Bedeutung, um das Risiko einer möglichen nuklearen Katastrophe zu verringern."
Grossi will auch auf der von Russland einberufenen Sitzung des UN-Sicherheitsrates am Donnerstag per Videolink über die Lage im Kraftwerk sprechen. Er fügte hinzu:
"Ich begrüße die Gelegenheit, den Rat zu informieren. Eine IAEO-Präsenz in der Anlage, die dazu beiträgt, das Risiko einer möglichen Nuklearkatastrophe zu verringern, ist von wesentlicher Bedeutung."
Das AKW Saporoschje befindet sich am linken Ufer des Dnjepr nahe der Stadt Energodar. Gemessen an der Anzahl der Blöcke und der installierten Leistung ist es das größte Kernkraftwerk Europas. In der Anlage sind sechs Kraftwerksblöcke installiert. Das AKW steht seit März unter dem Schutz des russischen Militärs. Seit Beginn der russischen Sonderoperation haben ukrainische Truppen bereits mehrmals versucht, das Gelände des Kraftwerks anzugreifen. Seit dem 5. August ist der Beschuss häufiger geworden. In der Nacht zum 7. August beschossen die ukrainischen Truppen die Anlage mit Uragan-Mehrfachraketenwerfern, wobei Splitter und ein Raketentriebwerk etwa 400 Meter vom Kraftwerk entfernt niedergingen, berichteten die Behörden in Energodar. Zwei Kraftwerksblöcke sind nach dem Beschuss nicht mehr mit voller Leistung in Betrieb.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f4872eb480cc6b5b048fc9.jpg
Rafael Grossi

7:53 de.rt.com: **Medienberichte: Indien zahlt für russische Kohle mit Yuan und Dirham**
Indien hat im Juni fast die Hälfte aller Kohlelieferungen aus Russland bezahlt, ohne US-Dollar zu verwenden. Dies berichtete die Nachrichtenagentur Reuters. Demnach wurden die Zahlungen in chinesischen Yuan, Hongkong-Dollar, VAE-Dirham und Euro getätigt.
Indische Unternehmen zahlen für russische Kohlelieferungen zunehmend in Yuan, VAE-Dirham, Hongkong-Dollar und Euro und vermeiden die Verwendung des US-Dollars, um das Risiko einer Verletzung westlicher Sanktionen zu verringern. Dies berichtete die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf Quellen und Dokumente, die der Agentur vorliegen.
Im Juni kauften indische Stahl- und Zementhersteller 742.000 Tonnen Kohle ohne den US-Dollar als Zahlungsmittel. Das entspricht fast der Hälfte (44 Prozent) der gesamten russischen Kohleexporte in diesem Monat (1,7 Millionen Tonnen), so die Agentur weiter. Auf den Yuan entfielen 31 Prozent der Nicht-Dollar-Zahlungen, auf den Hongkong-Dollar 28 Prozent, weniger als ein Viertel entfiel auf den Euro, und etwa ein Sechstel der Zahlungen wurde in VAE-Dirhams getätigt.
Im Juni berichtete Reuters, dass Indiens größter Zementhersteller UltraTech Cement 157.000 Tonnen Kohle von der russischen Siberian Coal Energy Company (SUEK) kaufte. Nach Angaben der Agentur belief sich das Geschäft auf 172,6 Millionen Yuan (25,81 Millionen US-

Dollar). Wie Quellen berichten, wurde der Kohleverkauf von der in Dubai ansässigen SUEK-Einheit organisiert, wobei auch andere indische Unternehmen russische Kohle bestellten und in Yuan bezahlten.
Bis Anfang März war der Hauptnutznießer von SUEK Andrei Melnitschenko. Melnitschenko unterliegt den Sanktionen der EU und der USA. Nach Angaben von Reuters wird das Unternehmen von seiner Frau Alexandra geleitet.
Ein in Singapur ansässiger Devisenhändler erläuterte gegenüber der Agentur, er habe in den letzten 25 Jahren seiner Tätigkeit noch nie ein indisches Unternehmen gesehen, das im internationalen Handel mit Yuan bezahlt habe. Er fügte hinzu:
"Im Wesentlichen umgeht es damit den US-Dollar."
Im Juli wurde Russland zum drittgrößten Kohlelieferanten Indiens, wie das indische Beratungsunternehmen Coalmint mitteilte. Zuvor stand das Land auf der Liste der Kohlelieferanten traditionell an sechster Stelle nach Indonesien, Südafrika, Australien und den USA sowie Mosambik und Kolumbien, die abwechselnd zu den fünf größten Kohlelieferanten gehörten.
Im März berichtete Bloomberg, dass die ersten in Yuan bezahlten Lieferungen russischer Kohle und russischen Öls in China eingetroffen seien. Zuvor hatte das chinesische Außenministerium den Übergang zur Zahlung in Rubel und Yuan für Energiekäufe gestattet.
Im Frühjahr stellte der russische Präsident Wladimir Putin die Zahlungen für Gas an nicht befreundete Länder auf Rubel um. Er begründete dies damit, dass sich die Währungen der westlichen Länder selbst kompromittiert hätten. Der Präsident kündigte außerdem an, den Anteil der Abrechnungen in der Landeswährung am russischen Außenhandel drastisch zu erhöhen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f3f11148fbef5d283cfddd.jpg
Steinkohlebergbau in Russland

8:01 de.rt.com: **Moskau weist Vorwurf einer Verletzung des Budapester Memorandums zurück**
Der Vorwurf, Russland habe gegen das Budapester Memorandum verstoßen, ist haltlos, denn die "Rechtsgrundlage" des Dokuments ist schon lange vor dem Jahr 2014 untergraben worden. Das verkündete Andrei Beloussow, der stellvertretende Leiter der russischen Delegation, auf der Konferenz zur Überprüfung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Er erklärte laut RIA Nowosti:
"Dieses Dokument, bei dem es sich im Wesentlichen um eine politische Erklärung handelt, stützt sich wie andere ähnliche Dokumente auf die grundlegenden Normen des Völkerrechts und die Prinzipien der Vereinten Nationen und der OSZE."
Der Diplomat wies jedoch darauf hin, dass Russlands Gegner diese Grundsätze bereits mehrfach missachtet und damit "wenn auch nicht direkt die Wirksamkeit des Budapester Memorandums in Frage gestellt haben". Er fügte hinzu:

"Ich erinnere an die Bombardierung Jugoslawiens, die faktische Abtrennung des Kosovo unter direktem Druck der USA und ihrer Verbündeten und die Einmischung westlicher Länder in die inneren Angelegenheiten der Ukraine im Jahr 2004, die unter dem Deckmantel demokratischer Prozesse zu einem schleichenden Staatsstreich in diesem Land führte."
Daher sei die rechtliche Grundlage des Memorandums "schon lange vor 2014 untergraben worden". Die Anschuldigungen, Russland verletze das Abkommen, seien "einfach nicht stichhaltig", betonte Beloussow.
Jene Staaten, die unbegründete und falsche Anschuldigungen gegen Russland erheben und versuchten, das Land zu diskreditieren, zu dämonisieren und zu isolieren, sollten eine objektive Analyse ihrer eigenen destruktiven Handlungen, einschließlich der Verletzung des Völkerrechts, vornehmen, erklärte Beloussow.

8:24 de.rt.com: **Peking beendet Militärübungen um Taiwan**
Die chinesische Volksbefreiungsarmee hatte nach dem provokativen Besuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi in Taiwan, das völkerrechtlich zu China gehört, umfangreiche Übungen durchgeführt. Nun hat Peking ein Ende der Übungen angekündigt.
China hat ein Ende der umfangreichen Militärübungen um Taiwan angekündigt, die das chinesische Militär nach dem umstrittenen Besuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi in Taipeh begonnen hatte.
Die Volksbefreiungsarmee erklärte am Mittwoch, sie habe "verschiedene Missionen während der jüngsten Übungen um die Insel Taiwan erfolgreich abgeschlossen und die Fähigkeit der Truppen zu gemeinsamen Operationen effektiv getestet", wie die Global Times berichtete.
China werde die "militärische Ausbildung und Vorbereitung" fortsetzen und Patrouillen in der Straße von Taiwan organisieren, um "die nationale Souveränität und territoriale Integrität entschlossen zu verteidigen", sagte der Sprecher des östlichen Theaterkommandos, Oberst Shi Yi.
Die Ankündigung erfolgte kurz nach der Veröffentlichung eines Weißbuchs, in dem Peking die Anwendung von Gewalt bei seinen Bemühungen um eine Vereinigung Taiwans mit dem Festland nicht ausschließt, jedoch betont, dass es eine friedliche Vereinigung anstrebt. In dem Dokument heißt es:
"Wir werden mit der größten Aufrichtigkeit arbeiten und unsere größten Anstrengungen unternehmen, um eine friedliche Wiedervereinigung zu erreichen. Aber wir werden nicht auf die Anwendung von Gewalt verzichten und behalten uns die Möglichkeit vor, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen."
Peking wies darauf hin, dass dieser Notstand notwendig sei, um "externe Einmischung und separatistische Aktivitäten" zu verhindern, und beschuldigte "antichinesische Kräfte in den USA", die Spannungen zwischen China und Taiwan absichtlich zu verschärfen.
In der vergangenen Woche hatte Pelosi trotz mehrfacher Proteste der chinesischen Regierung einen umstrittenen Besuch auf der Insel abgestattet. Als Reaktion darauf startete Peking "beispiellose" Militärübungen und Schießübungen in sechs Seegebieten um Taiwan.
Die Manöver umfassten die Simulation einer "Blockade" der Insel sowie amphibische Angriffe und das Angreifen von Bodenzielen, wie das chinesische Verteidigungsministerium mitteilte.
Im Rahmen der Ein-China-Politik sieht China Taiwan als chinesische Provinz an. Das ist auch die vorherrschende völkerrechtliche Sichtweise. Die USA hatten sich zwar in den 1970er Jahren gleichfalls offiziell zu diesem Prinzip bekannt – wie auch die taiwanesische Führung selbst Anfang der 1990er Jahre. Allerdings herrschen Differenzen hinsichtlich der genauen Auslegung des Prinzips.
Taiwan war jahrhundertelang Teil des chinesischen Reiches. Nach der Niederlage im Chinesischen Bürgerkrieg zogen sich die Nationalisten unter Chiang Kai-shek 1949 auf die Inselgruppe zurück, wo sie beanspruchten, die alte "Republik China" gegen die Kommunisten

auf dem Festland fortzuführen. Die jetzige taiwanesische Regierungspartei DPP ist jedoch der Ansicht, dass Taiwan inzwischen ein gänzlich neuer Staat geworden sei.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f49af4b480cc576028c953.jpeg

8:38 de.rt.com: **Öllieferungen nach Tschechien über die Druschba-Pipeline werden nicht wieder aufgenommen**
Die Öllieferungen in die Tschechische Republik über den südlichen Zweig der Druschba-Pipeline werden nicht wieder aufgenommen. Das teilte die stellvertretende Leiterin von Transpetrol, Linda Vashkovichova, laut RIA Nowosti mit.
Josef Sikela, der Leiter des tschechischen Industrieministeriums, erklärte, dass Prag und Warschau gemeinsam nach einer Lösung für Lieferungen suchen, die für beide Seiten in rechtlicher und technischer Hinsicht geeignet ist. Das polnische Unternehmen PKN Orlen ist Eigentümer der größten Ölraffinerien in der Tschechischen Republik.
Sikela versicherte außerdem, dass die Tschechische Republik über strategische Ölreserven für etwa 90 Tage verfüge.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 11.8.2022**
Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:
- 45 Mann;
- 5 Schützenpanzerwagen;
- 8 Spezialfahrzeuge;
- 1 langfristiger Feuerpunkt.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter.
Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.
Während des 10. August haben sie mehr als 8 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Wojewodowka und Kudrjaschowka zurückgelassen wurden, gesäubert.
Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.
Außerdem haben Vertreter der Volksfront mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR humanitäre Ladungen für die Soldaten der 4. Panzergrenadierbrigade der Volksmiliz der LVR geliefert.

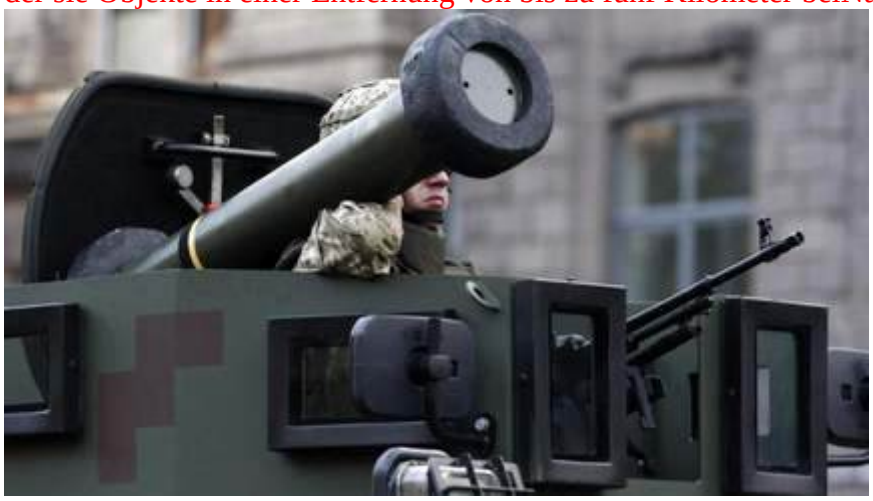
9:04 de.rt.com: **Einwohner des Gebietes Cherson beginnen mit der Rückkehr aus der Ukraine**

Einwohner, die das Gebiet Cherson verlassen hatten, kehren aus verschiedenen Teilen der Ukraine wieder in ihre Heimat zurück. Das verkündete Katerina Gubarjowa, stellvertretende Leiterin der Gebietsverwaltung Cherson, gegenüber RIA Nowosti.
"In den meisten Fällen handelt es sich um Einwohner des Gebietes, die den ukrainischen Propagandaschwindeln über angeblich böse Russen, einen ukrainischen Gegenangriff und anderen Unsinn erlegen waren und wegfuhren."
"Dann sahen sie, dass es auf dem Arbeitsmarkt nur sehr wenige Arbeitsplätze gab, dass der Durchschnittslohn mit dem in Afrika vergleichbar war und dass man sie obendrein noch die russische Sprache zur Last legte. Ja, man kann immer noch in die EU fahren, aber seien wir objektiv und geben wir ehrlich zu, dass es heute nirgendwo auf der Welt ein irdisches Paradies gibt. Schon gar nicht für Flüchtlinge."
Gubarjowa hob hervor, dass die ukrainische Propaganda auf Hochtouren laufe und täglich über vermeintliche Gräueltaten in den befreiten Gebieten berichte. Das Kiewer Regime könne jedoch keinen Einfluss auf die Kommunikation der Menschen untereinander nehmen. Sie betonte:
"Viele derjenigen, die weggegangen sind, haben Verwandte oder Freunde in den befreiten Gebieten. Es findet ein ständiger Austausch von Informationen und Nachrichten statt. Dementsprechend haben die Flüchtlinge zwei alternative Informationsquellen."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f49b11b480cc6fb5047329.jpg
Bahnhof der Stadt Cherson

10:09 (9:09) novorosinform.org: **Die Verteidiger des Donbass setzen während der Spezialoperation aktiv westliche Trophäen ein**
Die Truppen der Republiken Lugansk und Donezk berichteten, welche westlichen Waffen sie überraschten, womit sie jetzt arbeiten und wie sich die Ausrüstung ukrainischer Kämpfer von der der Verteidiger von Donbass unterscheidet.
Meinungen zu westlichen gepanzerten Mannschaftstransportern, Panzerabwehrsystemen, Kleinwaffen und MLRS, die von den LDVR-Kämpfern erbeutet wurden, wurden von RIA-Nowosti-Sonderkorrespondent Andrej Kots gesammelt. …
Ein Militärarzt mit dem Rufzeichen Chrust sagte Kots, dass die BFU über beeindruckende Erste-Hilfe-Kästen und eine individuelle Ausrüstung verfüge, die ihnen hilft, im Kampf gut mitzuhalten. Der Offizier des Volksmiliz DVR „Master“ stimmte den Worten des Arztes zu,

fügte jedoch hinzu, dass die Ausrüstung an der Front nicht das Wichtigste sei, die Motivation immer noch an erster Stelle stehe und er bezweifle, dass die ukrainischen Kämpfer sie hätten.
Die DVR-Kämpfer sprachen auch über Waffen, die in Schlachten erbeutet wurden. Sie nannten die britische NLAW und Javelins „würdige Waffen“, die jetzt gegen die Streitkräfte der Ukraine eingesetzt werden. Die Sturmgewehre AR-15 beeindruckten die Verteidiger des Donbass nicht, da sie "kapriziös" seien und im Vergleich zur russischen "Kalaschnikow" nur wenige Patronen halten.
Soldaten der 1. Slawjansker Brigade rühmten sich eines ukrainischen T-64-Panzers, außen "alt", aber mit moderner "Füllung" - mit einer im Westen hergestellten Wärmebildkamera, mit der sie Objekte in einer Entfernung von bis zu fünf Kilometer beiNacht betrachten können.



https://novorosinform.org/content/images/07/46/50746_720x405.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 11.8.22 um 10:30 Uhr**
Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.
In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **423 Geschosse** mit Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.
Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses **starben 4 Zivilisten und 20 wurden verletzt**. 53 Wohnhäuser und 12 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.
Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.
Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 3 Fahrzeuge, 2 Schützenpanzerwagen und 40 Mann. 2 Feuerstellungen des Gegners in den Gebieten von Kransnogorowka und Marjinka wurden beseitigt.
Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.
Wir wenden uns an alle Bürger, wenn Sie Augenzeugen von Verbrechen der ukrainischen Kämpfer werden, versuchen Sie, verdeckt Videos oder Fotos der Sachverhalte zu machen, ohne sich selbst zu gefährden. Nach der Absendung der genannten Informationen über den offiziellen Kommunikations-Bot der Volksmiliz der DVR in „Telegram“ werden diese Materialien als Beweisbasis zur Bestrafung ukrainischer Kriegsverbrecher mit der gesamten

Strenge des Gesetzes verwendet werden.

9:38 de.rt.com: **Kiew: Ukraine führt "kreativen Krieg" gegen Russland**
Alle öffentlichen Äußerungen Kiews, auch zur Gegenoffensive der ukrainischen Streitkräfte, seien Teil einer Informations- und psychologischen Operation, verkündete Michail Podoljak, der Berater des Büroleiters des ukrainischen Präsidenten. In einem Interview mit dem ukrainischen Dienst der BBC machte er klar, dass die Behauptungen über die geplante ukrainische Gegenoffensive in Cherson "eine Informations- und psychologische Operation" gewesen seien.
Ihm zufolge führe die Ukraine einen "kreativen Krieg", dessen Hauptziel darin bestehe, die russischen Truppen zu demoralisieren.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f4a75848fbef14f60fb64a.jpg
Michail Podoljak

10:15 de.rt.com: **Moskau: NATO wird bald Einsatz von Atomwaffen rechtfertigen**
Andrei Beloussow, der stellvertretende Leiter der russischen Delegation, sagte auf der Konferenz zur Überprüfung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, dass von den NATO-Ländern zu erwartet sei, dass sie den Einsatz von Atomwaffen in Zukunft rechtfertigen werden.
Die NATO werde letztendlich den Status eines politisch-militärischen Nuklearblocks innehaben, "was in der Abschlusserklärung des Madrider Gipfels der Allianz direkt zum Ausdruck gebracht wurde". Beloussow stellte laut RIA Nowosti fest:
"Die Gemeinschaft des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen muss die Konsequenzen dieses Umstandes noch analysieren, was es notwendig macht, den Status der nicht-nuklearen Mitglieder des Blocks, insbesondere derjenigen, auf deren Territorium US-Atomwaffen stationiert sind, anders zu betrachten."
"In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie die Präsenz ausländischer Atomwaffen auf dem Territorium der europäischen Länder und ihre Beteiligung an der Nuklearallianz mit ihren Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vereinbar ist."
Beloussow zufolge stellt Moskau eine ähnliche Frage im Zusammenhang mit den "gemeinsamen Nukleareinsätzen" der NATO, bei denen der Einsatz von Atomwaffen geübt wird und an denen auch Nicht-Atomwaffenmitglieder der Allianz aktiv beteiligt sind.

https://cdnn21.img.ria.ru/images/152644/00/1526440071_0:118:1434:925_1280x0_80_0_0_08dccd7988ccc6e6784d0b89290510c7.jpg
Test eines thermonuklearen Sprengsatzes

10:48 de.rt.com: **LVR: Seit Beginn der Eskalation im Februar 80 Zivilisten von ukrainischen Streitkräften getötet**
Einheiten der ukrainischen Armee haben seit Beginn der Eskalation im Donbass mehr als 10.000 Schuss Munition verschiedenen Kalibers auf das Gebiet der LVR abgefeuert. 80 Zivilisten, darunter drei Kinder, seien durch den Beschuss getötet worden, erklärte die LVR-Mission beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands am Donnerstag.
Insgesamt seien in dem Zeitraum 329 Zivilisten dem Beschuss ukrainischer Truppen zum Opfer gefallen, von denen 80 getötet und 249 verwundet wurden. Unter den Todesopfern waren drei Kinder, 23 wurden verletzt.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f4ab7fb480cc5f8664d717.jpg
Verbrannte Busse am Rande von Lissitschansk, LVR

Dan-news.info: Am Abend hat die ukrainische Armee den Kalininskij-Bezirk von Donezk mit Artillerie beschossen, Geschosse trafen das Gelände einer Bierbrauerei. Es entstand ein Brand. In der Folge lief Ammoniak aus. Die Behörden riefen die Einwohner auf, in einem Radius von 2 km von dem Werk die Häuser nicht zu verlassen und die Fenster nicht zu öffnen.
Der Brand wurde bereits in der Nacht gelöscht. Ammoniak trat aus Kühlgeräten aus, es gab

keine Fälle von Vergiftungen, teilte das Werk mit.

11:19 de.rt.com: **Kriegsberichterstatter veröffentlicht Fotos aus Peski**
Der Kriegsberichterstatter des Verlags Komsomolskaja Prawda, Alexander Koz, hat in seinem Telegram-Kanal eine Reihe Fotos der Ortschaft Peski in der Donezker Volksrepublik veröffentlicht. Dabei schreibt er:
"'Ein seltsames Bild für ein befreites Dorf', würde der Skeptiker denken.
Ich würde antworten, dass dies typisch ist. Jedes verlassene Dorf wurde von den ukrainischen Truppen ausnahmslos mit Geschossen eingedeckt. Es war wie eine Vergeltungsmaßnahme. Und Peski war da keine Ausnahme."
Die Kämpfe in diesem Ort würden noch andauern. Die ukrainischen Truppen würden sich an ein kleines Gebiet nordwestlich von Peski klammern und heftigen Widerstand leisten. Die Gruppe sei jedoch bereits von der Hauptstreitmacht abgeschnitten.
Peski ist eine Ortschaft nordwestlich von Donezk, die seit dem Beginn des Konfliktes im Jahr 2014 fast vollkommen zerstört und von den Einwohnern verlassen wurde. Die ukrainischen Streitkräfte sollen hier eine solide Befestigung eingerichtet haben, die nun Berichten zufolge am Zerfallen sei.

https://cdn4.telegram-cdn.org/file/t07anNRgI1zW9UUcjfQjUY9deABxu1QaPkj3_csS5IS45bCpaNZ49IVl9QYXHqU9i2UyX7GSaa-9OqrbhKr4w31wkmpTPbAeovEtNzCKQTm1Jm2wvnuJVLzht3TQ4NBMG_PMz7rVXyo3xGv9ooVvyWWyy8l9-ncZEFzMp43MvUmKwqYusY1Y3lyf63jAjtegU1gUlrAQ5A6G2F6xisri2RNiKSagBzrzRXDgRSNm_N2O7H5FxWNkvDc9zoR_mlnBZ3admdf4SP1bdffAqkFu_-W5_UMFe_Gt1JWOvzJQQRxSR7YedyFfd9ucJzhm702bQD3PiyCVS_IoPc-2WiXrCQ.jpg

11:47 de.rt.com: **DVR-Chef Puschilin: Kiews Angriff auf das Untersuchungsgefängnis in Jelenowka war Versuch, Selenskijs Verbrechen zu vertuschen**
Der Chef der Volksrepublik Donezk (DVR) Denis Puschilin bezeichnete den Beschuss Kiews des Gefangenenlagers in Jelenowka, in dem ukrainische Kriegsgefangene festgehalten wurden, als Versuch, Verbrechen der ukrainischen Amtsträger, darunter auch des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, zu vertuschen. Auf die Frage nach den Motiven des Beschusses antwortete Puschilin laut TASS:

"Das Motiv ist hier klar. Erst einmal besteht es darin, sie zum Schweigen zu bringen, ihnen keine Gelegenheit zu geben, sich zu äußern und diese Verbrechen zu gestehen. Denn sie sind nicht nur Täter von Kriegsverbrechen, sondern auch Zeugen. Die Befehle wurden ihnen nämlich von Personen mit konkreten Namen und Positionen gegeben, und nach unseren Informationen hat Selenskij hier auch oft persönlich eingegriffen."
Der DVR-Chef wies darauf hin, dass der Angriff auf das Gefangenenlager erfolgte, nachdem die ukrainischen Militärs begonnen hatten, Zeugenaussagen zu machen, in denen sie diejenigen nannten, die ihnen Befehle erteilt hatten, "in deren Folge sie Kriegsverbrechen gegen Zivilisten begangen haben". Er fügte hinzu:
"Nachdem diese Video-Geständnisse aufgetaucht waren, wurde dieser Angriff direkt angegangen."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f4b6b2b480cc5eb8186a8f.jpg

nachmittags:

12:20 de.rt.com: **Russland setzt Top-Manager aus Deutschland auf die Fahndungsliste**
Das russische Innenministerium hat Fabian Kröher, einen deutschen Staatsbürger und Top-Manager der Schweizer Winterberg-Group, auf die Fahndungsliste gesetzt. Er wird wegen Betrugs in besonders großem Ausmaß im Fall des Carsharing-Unternehmens BelkaCar angeklagt.
Ein Bezirksgericht in Moskau hat die Festnahme des Geschäftsführers der Schweizer Firma Winterberg Group Fabian Kröher verfügt. Das teilte die russische Nachrichtenagentur Interfax unter Berufung auf den Pressedienst des Gerichts mit. Die Gerichtssitzung ist für den 24. August geplant. Der deutsche Staatsbürger wird wegen Betrugs in besonders großem Umfang angeklagt.
Die Schweizer Firma Winterberg Group, die zuvor Bryanston Group hieß, war bis 2019 Mehrheitsgesellschafter des Autovermietungsdienstes BelkaCar in Russland.
Kröher ist der dritte Angeklagte in einem Strafverfahren, in dem bereits zwei Unternehmer, der Deutsche Ralph Nowak und der Russe Ilnur Asmuchanow, Anfang dieses Jahres festgenommen wurden.
Den Ermittlungen zufolge waren Nowak und Asmuchanow mit mehreren Komplizen am Diebstahl und Verkauf einer Mehrheitsbeteiligung von 52,4 Prozent des in Zypern ansässigen Dienstes BelkaCar sowie am illegalen Verkauf einer Mehrheitsbeteiligung am russischen Unternehmen Bryanston beteiligt. Die Ermittler gehen davon aus, dass es sich um ein

Scheingeschäft handelte, da die Wertpapiere nicht bezahlt wurden. Wie die Zeitung Kommersant berichtete, beläuft sich der Gesamtschaden auf 47 Millionen Euro.
Kläger ist der deutsche Investor Benedikt Sobotka. Er war ein Aktionär von BelkaCar, während Bryanston sein russisches Vermögen verwaltete. Nun führt er seit mehreren Jahren einen Rechtsstreit.
Das Carsharing-Unternehmen bezeichnete den Fall als einen Unternehmenskonflikt "innerhalb der Firma Bryanston Resources". BelkaCar sagte zu Kommersant, dass "Herrn Sobotka die Einleitung eines ähnlichen Strafverfahrens in Deutschland verweigert wurde".

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f4cfd9b480cc576028c998.jpg

12:22 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte beschießen zwei Grenzdörfer im Gebiet Kursk**
Die Grenzdörfer Tjotkino und Popowo-Leschatschi im Gebiet Kursk sind erneut von der ukrainischen Armee beschossen worden. Das teilte der Gouverneur des Gebietes Roman Starowoit in seinem Telegram-Kanal mit.
Sechs Kreise des Gebietes Kursk grenzen an das Gebiet Sumy in der Ukraine. Das Dorf Tjotkino, das sich im Kreis Gluschkowski befindet, wird regelmäßig bombardiert.

13:23 (12:23) deu.belta.by: **Belarus erwägt spiegelbildliche Antwort auf Wegnahme des belarussischen Eigentums im Ausland**
Belarus wird spiegelbildliche Maßnahmen gegen jede Wegnahme des belarussischen Eigentums im Ausland treffen. Das sagte Premierminister Roman Golowtschenko nach dem heutigen Treffen mit dem Präsidenten.
Auf die Frage, was Belarus gegen die Fortnahme des Eigentums belarussischer Bürger in Litauen, Lettland und anderen Staaten unternehmen soll, sagte Roman Golowtschenko: „Wir haben bereits mit der Bearbeitung von Ansprüchen begonnen. De facto werden wir daran gehindert, unsere kommerziellen Interessen zu verfolgen.“
„Wir bereiten Antwortmaßnahmen vor. Dabei werden wir zivilisiert vorgehen. Das gesamte Eigentum juristischer und natürlicher Personen, die aus unfreundlichen Staaten stammen, ist uns bekannt. Ihr Gesamtpreis ist ebenfalls bekannt“, betonte Roman Golowtschenko.
Der Regierungschef versicherte, dass es keine aggressiven Handlungen von belarussischer Seite geben werde. „Wir sagen das auf allen Ebenen: wir sind bereit, zivilisierte Handels- und Wirtschaftsbeziehungen aufzubauen. Aber wenn aggressive wirtschaftliche Maßnahmen gegen uns eingesetzt werden, werden wir natürlich nicht schweigen. Zumindest werden wir zu Spiegelmaßnahmen greifen. Aber wir werden nach wie vor diejenigen zur Vernunft aufrufen, die uns hören wollen.“
Vor kurzem hat Litauen Sanktionen gegen Belarus verhängt: Zuerst wurden Kali-Lieferungen über Litauen verboten, anschließend wurde dem Kaliproduzenten Belaruskali, der seit 2013

einen 30-Prozent-Anteil am Schüttgut-Terminal des Hafens von Klaipeda hat, sein Eigentum weggenommen. Darauf machte Alexander Lukaschenko in der heutigen Besprechung aufmerksam. Er forderte von der Regierung konkrete Gegenmaßnahmen.
„Sie haben nicht nur die Sanktionen unrechtmäßig verhängt, sondern auch unser Eigentum weggenommen“, sagte Alexander Lukaschenko zu den Teilnehmern des Treffens.
„Das darf nicht ungestraft bleiben“, betonte der Präsident. „Denken Sie darüber nach und berichten Sie mir, welche Maßnahmen wir in naher Zukunft und mittelfristig ergreifen können. Es sollte niemandem erlaubt sein, Eigentum wegzunehmen.“

https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000021_1660213464_61639_big.jpg
Roman Golowtschenko

12:58 de.rt.com: **DVR-Volksmiliz: 38 Zivilisten durch Lepestok-Minen zu Schaden gekommen**
In der Volksrepublik Donezk (DVR) sind bisher 38 Zivilisten durch die von den ukrainischen Streitkräften gestreuten Antipersonenminen Lepestok zu Schaden gekommen. Dies berichtete Eduard Basurin, offizieller Vertreter der Volksmiliz der DVR, in einer Sendung des Perwy Kanal. Er sagte:
"Bislang haben wir bereits 38 Fälle registriert, in denen Menschen durch Lepestok-Antipersonenminen verunglückt sind, darunter zwei Kinder. Leider kam auch heute ein zwölfjähriger Junge durch eine Lepestok-Mine zu Schaden, er befindet sich in einem ernsten Zustand im Krankenhaus. Die Lepestok-Minen wurden von der ukrainischen Armee auch in Saizewo und Weseloje in der Nähe des Donezker Flughafens verstreut. Nur heute wurden bereits insgesamt sechs von Uragan-Mehrfachraketenwerfern abgefeuerte Raketen, die mit diesen Antipersonenminen bestückt waren, abgefeuert."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f4d35948fbef6196724966.jpg
Lepestok-Minen in Donezk

13:34 de.rt.com: **Russische Luftabwehr wehrt ukrainischen Angriff auf Energodar und Atomkraftwerk Saporoschje ab**
Russlands Luftabwehrkräfte sollen einen Angriff ukrainischer Truppen auf die Stadt Energodar und das Kernkraftwerk Saporoschje abgewehrt haben. Das teilte Wladimir Rogow, ein Mitglied des Hauptverwaltungsrates des Gebietes, mit. Der Beamte schrieb in seinem Telegram-Kanal:
"Seit gestern Abend, fast die ganze Nacht und heute seit dem frühen Morgen ist es in Energodar sehr laut. Am Vorabend der Sitzung des UN-Sicherheitsrates über Angriffe auf das AKW Saporoschje versuchen die Naziteufel, die friedliche Stadt und das AKW Saporoschje mit Mehrfachraketenwerfern, schweren Artillerie- und Drohnenangriffen zu überziehen."
Die russische Luftabwehr hätte alle Angriffe abgewehrt, der Beschuss aus den Artilleriestellungen der ukrainischen Truppen sei "durch Gegenbeschuss unterdrückt" worden.

14:34 (13:34) deu.belta.by: **Russisches Außenministerium: ICAO ist unfähig, ihre unabhängige Position zu verteidigen**
Die Internationale Zivilluftfahrtorganisation ICAO hat sich als unfähig erwiesen, ihre unabhängige Position zu verteidigen. Das erklärte der stellvertretende Direktor der Informations- und Presseabteilung des russischen Außenministeriums Iwan Netschajew heute bei einem Briefing. Er wurde nach dem ICAO-Bericht zum Ryanair-Vorvall in Minsk im Jahr 2021 gefragt.
Iwan Netschajew erinnerte daran, dass die ICAO-Gruppe, die den Vorfall untersuchte, zu dem Schluss gekommen war, dass der Ryanair-Flug nicht von der belarussischen MIG-29 eskortiert oder abgefangen worden war. „Die Entscheidung, die Maschine in Minsk zu landen, wurde von den Piloten unabhängig getroffen, ein Verschulden von Minsk wurde nicht festgestellt“, betonte er. „Solche Schlussfolgerungen der Gruppe haben den interessierten westlichen Ländern erwartungsgemäß nicht ins Konzept gepasst, schließlich sollte der Bericht dazu dienen, die ungerechtfertigten restriktiven Maßnahmen gegen die belarussische Luftfahrtindustrie zu rechtfertigen. Mit ihrer Mehrheit im ICAO-Rat zwangen sie die Gruppe, die Untersuchung fortzusetzen. Die ICAO-Experten haben eine „Fehlerkorrektur“ getan und sind diesmal zu dem notwendigen Ergebnis gekommen. Nach der Prüfung des endgültigen Berichts nahm der ICAO-Rat eine Entscheidung an, in der er das Vorgehen der Regierung von Belarus verurteilte und deren Beamte beschuldigte, Ryanair mit falschen Informationen über

eine Bombendrohung versorgt zu haben“.
Der Diplomat bezeichnete diese Entscheidung als politisch motiviert. „Der russische Vertreter im ICAO-Rat hat sein Missfallen über eine solche eindeutig politisierte Entscheidung zum Ausdruck gebracht“, sagte Iwan Netschajew. „Zunächst einmal haben Experten ernsthafte Zweifel an der Objektivität des Berichts, in dem nun eine anonyme Quelle, die sich als Fluglotse ausgibt, und nicht verifizierte Tonaufnahmen verwendet werden, während die von den belarussischen Behörden übermittelten Informationen ignoriert werden.“
Der Vertreter des russischen Außenministeriums sagte, dass der einzige Zweck der Untersuchung darin besteht, Belarus zu beschuldigen. „Im Allgemeinen sind der Bericht und die Entscheidungen des Rates unverhohlen anti-belarussisch“, erklärte er. „Man gewinnt den Eindruck, dass der einzige Zweck der Untersuchung nicht die Feststellung von Tatsachen war, wie es das Mandat der Gruppe vorschreibt, sondern die Suche nach Möglichkeiten, der Republik Belarus die Schuld zu geben. Bemerkenswert ist auch, dass sich der Rat erneut weigerte, die von Minsk vorgebrachte Gegenfrage nach der Rechtswidrigkeit der westlichen Beschränkungen für die belarussische Luftfahrtindustrie zu prüfen. Ihre Erörterung wurde unter fadenscheinigen Vorwänden erneut verschoben.“
„Wir bedauern, dass die von der Russischen Föderation und der Republik Belarus geforderte objektive und offene Prüfung der Situation nicht stattgefunden hat. Wir sehen, dass die einst maßgebliche internationale Organisation ihre Unfähigkeit bewiesen hat, ihre unabhängige Position zu verteidigen, und ihren Ruf als kompetente Luftfahrtbehörde den Ambitionen des Westens geopfert hat“, sagte Iwan Netschajew.
„Wir sind überzeugt, dass die internationale Zivilluftfahrt und die ICAO nicht zu einem Instrument des politischen Drucks oder des Kampfes gegen unliebsame Regierungen werden dürfen. Es gibt jedoch immer weniger Hoffnung, dass dieser Ruf im Westen gehört wird“, resümierte der Vertreter des russischen Außenministeriums.

https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000022_1660217712_61642_big.jpg

13:57 de.rt.com: **Moskau: Das Vollpumpen der Ukraine mit Waffen hat den Umlauf auf dem Schwarzmarkt und im Darknet gefördert**
Die unkontrollierte Lieferung von Waffen durch den Westen an Kiew hat bereits zu einer massiven Zunahme des Waffenschmuggels geführt; vermehrt tauchen diese auf dem Schwarzmarkt und im Darknet des Internets auf. Darauf wies Iwan Netschajew, stellvertretender Direktor der Informations- und Presseabteilung des russischen Außenministeriums, bei einem Briefing am Donnerstag mit. Er sagte laut TASS:
"Das unkontrollierte Vollpumpen von Kiew mit Waffen hat bereits zu einer Zunahme des Waffenschmuggels und ihres Auftauchens auf dem Schwarzmarkt, einschließlich des Schattensegments des Internets, geführt."

Der Diplomat wies darauf hin, dass nach Angaben der Strafverfolgungsbehörden der EU-Länder jeden Monat Hunderte von automatischen Waffen und Zehntausende von Patronen, die illegal die Ukraine verlassen, beschlagnahmt und zurück an das Land geliefert werden.
Netschajew hob hervor:
"Dabei geht es nicht nur um Kleinwaffen. Zum Beispiel werden im Darknet Raketen zum Panzerabwehrraketensystem Javelin für 30.000 US-Dollar angeboten, dabei kostet ihre Produktion sechsmal mehr – 178.000 US-Dollar.
Die Raketen für das Panzerabwehrraketensystem NLAW werden für 15.000 US-Dollar angeboten, Switchblade 600-Drohnen für 7.000 US-Dollar, Handfeuerwaffen, Granaten und Schutzwesten für einen Preis von 1.000 bis 3.500 US-Dollar. Dieser beängstigende Trend wirft in der Öffentlichkeit des Westens immer mehr Fragen auf."
Der Diplomat fügte außerdem hinzu, dass die Vereinigten Staaten nicht nur Waffen liefern, sondern auch nachrichtendienstliche Informationen an die Ukraine weitergeben und betonte:
"Dabei werden Berichten zufolge nicht nur Daten von militärischen, sondern auch von zivilen und privaten Satelliten verwendet, was faktisch zu einer Militarisierung des Weltraums führt."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f4d9c4b480cc5eb8186ab7.jpg

14:58 (13:58) novorosinform.org: **Die Bekleidungsproduktion in Moskau stieg innerhalb von sechs Monaten nach dem Weggang ausländischer Unternehmen um das 2,6-fache**
Seit Anfang 2022 ist das Angebot an von Moskauer Unternehmen hergestellter Kleidung um mehr als 20 Milliarden Rubel gestiegen. Dies wurde im Rathaus bekannt gegeben.
Wladimir Jefimow, stellvertretender Bürgermeister der russischen Hauptstadt für Wirtschaftspolitik und Eigentums- und Landbeziehungen, stellte fest, dass „vor dem Hintergrund, Russland zu verlassen oder die Arbeit von H&M, Zara, Levi's und anderen einzustellen, die Bekleidungsproduktion in Moskau auf Kosten einheimischer Hersteller geht im Vergleich zum Vorjahr um das 2,6-fache gestiegen“.
Jefimow fügte hinzu, dass die Möbelproduktion um 49 % gestiegen sei, nachdem das schwedische IKEA den russischen Markt verlassen habe.
Insgesamt lieferten inländische Fabriken in den ersten 6 Monaten Waren für 21,3 Milliarden Rubel an Kunden.

14:26 de.rt.com: **Estland schließt Grenzen für Russen mit Schengen-Visa, die von Estland ausgestellt wurden**
Ab kommender Woche dürfen rusissche Bürger mit einem von Estland ausgestellten Schengen-Visum nicht mehr in das baltische Land einreisen. Dies teilte Estlands

Außenminister Urmas Reinsalu am Donnerstag mit. Es gelten einige Ausnahmen.
Wie der estnische Außenminister Urmas Reinsalu mitteilte, wird Estland seine Landesgrenzen ab kommender Woche für russische Bürger mit zuvor von der Republik ausgestellten Schengen-Visa schließen. Der Politiker betonte auf einer Pressekonferenz am Donnerstag, diese Maßnahme gelte vorerst nicht für Visa, die von anderen Schengen-Staaten ausgestellt werden.
Ob die Einreise russischen Bürgern nur aus Russland oder auch aus anderen Schengen-Staaten verboten sein wird, ist unklar.
Ausnahmen von der neuen Regelung gelten für Diplomaten und deren Familienangehörige, Mitarbeiter im Bereich internationale Transporte, Personen, deren Reisen humanitäre Gründe haben, Menschen, die nahe Verwandte in Estland besuchen sowie Personen mit Bewegungs- und Reisefreiheit innerhalb der Europäischen Union. Ausnahmen gelten ebenso für russische Bürger, deren Heimatland Estland ist oder die ihren ständigen Wohnsitz in Estland haben.
Reinsalu fügte hinzu, dass die Regierung auch über Visa für russische Studenten in Estland diskutiert habe. Studierende, deren Visa vor dem Studienende ablaufen, erhalten demnach eine Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis um ein weiteres Jahr.
Zuvor hatte die Europäische Kommission mitgeteilt, dass die EU-Länder Visabeschränkungen für russische Bürger diskutieren. Ein vollständiges Visa-Verbot an Russen hatte vor allem die estnische Ministerpräsidentin Kaja Kallas unterstützt. Sie meinte, dass Reisen nach Europa "ein Privileg, kein Menschenrecht" seien. Estland stellt bereits seit dem Frühjahr keine Touristenvisa für russische Staatsbürger aus.
Bundeskanzler Olaf Scholz sprach sich gegen ein Verbot von Touristenvisa für Russen aus. "Das ist Putins Krieg, und deshalb tue ich mich mit diesem Gedanken sehr schwer", sagte er am Donnerstag in Berlin.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f4e6fbb480cc5ec53e1a16.jpg
Kontrollpunkt "Narwa-2" an der estnisch-russischen Grenze

14:27 de.rt.com: **Russische Streitkräfte vernichten jeweils mehr als 50 Prozent von zwei ukrainischen Brigaden in der Volksrepublik Donezk**
Die russische Armee soll mehr als die Hälfte der Soldaten von zwei ukrainischen Brigaden, die in der Volksrepublik Donezk operieren, vernichtet haben. Das teilte das russische Verteidigungsministerium mit. In einem entsprechenden Bericht heißt es laut RIA Nowosti:
"Infolge der aktiven offensiven Kampfhandlungen der alliierten Streitkräfte wurden mehr als 50 Prozent der Soldaten der 14. und 66. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte in den Richtungen Artjomowsk und Awdejewka ausgeschaltet. Es wurde massenhafte Fahnenflucht und das unerlaubte Verlassen von Stellungen durch die Nationalisten festgestellt."
Überdies seien in den letzten 24 Stunden zwanzig Kontrollpunkte der ukrainischen

Streitkräfte, acht Munitionsdepots, ein Lager für Raketen- und Artilleriewaffen bei Charkow und ein S-300 SAM-Ortungsgerät bei Kramatorsk durch die russische Luftwaffe und Artillerie zerstört worden.
Außerdem hätten russische Kampfflugzeuge einen ukrainischen Mi-24-Hubschrauber in der Nähe von Nikopol abgeschossen. Die russischen Luftabwehrkräfte sollen sieben Drohnen und vier Geschosse von Mehrfachraketenwerfer-Systemen in der Luft abgefangen und zerstört haben.

14:49 de.rt.com: **Gebiet Saporoschje: Frau stirbt infolge ukrainischen Beschusses von Dnjeprowka**
Bei einem morgendlichen Angriff der ukrainischen Streitkräfte mit Artillerie des 155-Millimeter-NATO-Kalibers auf das Dorf Dnjeprowka im Gebiet Saporoschje wurde angeblich eine Frau getötet. Dies teilte die zivil-militärische Verwaltung von Energodar laut TASS mit.
Außerdem seien ein privates Wohnhaus und ein Nebengebäude zerstört sowie ein Kindergarten beschädigt worden.
Die ukrainischen Streitkräfte nehmen regelmäßig Orte auf dem Territorium, das von der russischen Armee kontrolliert wird, unter Beschuss. In letzter Zeit haben sie wiederholt zivile Einrichtungen in Energodar, Wasiljewka, Dnjeprowka und anderen Städten in der Region sowie das Kernkraftwerk Saporoschje angegriffen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62f4e64048fbef5d0609c2d9.jpg
Ein zerstörtes Auto im Gebiet Saporoschje

15:53 (14:53) deu.belta.by: **Generalstaatsanwalt Schwed reicht beim Obersten Gericht Antrag ein, BYPOL als terroristisch anzuerkennen**
Der [weißrussische] Generalstaatsanwalt Andrej Schwed hat beim Obersten Gericht auf der Grundlage des Gesetzes "Über die Bekämpfung des Terrorismus" auf Vorschlag des Vorsitzenden des Staatssicherheitskomitees Iwan Tertel beim Obersten Gericht der Republik Belarus einen Antrag eingereicht, die informelle Organisation „BYPOL“ mit ihren Unterabteilungen „Situazijna-analitytschny zentr“ (Situationsbezogenes analytisches Zentrum) und „Mobilisierungsplan "Peramoha" (Mobilmachungsplan „Der Sieg“) als terroristisch anzuerkennen, berichtet BelTA unter Berufung auf die Abteilung für Massenmedienarbeit der Generalstaatsanwaltschaft.
Es wurde festgestellt, dass die Organisation im Oktober 2020 in Polen auf Initiative ehemaliger belarussischer Strafverfolgungsbeamter gegründet wurde. Ursprünglich bestand ihr Zweck darin, amtierende Beamte, die die rechtmäßige Macht nicht unterstützten, zu rekrutieren, und sie dazu zu bringen, die Dienstinteressen zu verraten und ihre Ämter für extremistische Ziele zu nutzen.
Seit dem Mai 2021 pflegt die BYPOL die Anhänger unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu

den Sicherheitsdiensten (im Rahmen des so genannten "Peramoha-Plans") zu vereinen. Die BYPOL hat es sich zum Ziel gestellt, seine Mitglieder zu radikalisieren, damit sie sich an extremistischen Handlungen (einschließlich des Terrorismus) beteiligen können. Das Endziel der BYPOL wäre der gewaltsame Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung des Landes. Darüber hinaus werden in den Informationsquellen der Organisation die Informationen über Technologien zur Herstellung und Verwendung von Sprengstoffen und Waffen sowie über die Taktiken des gewaltsamen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte veröffentlicht, und in geschlossenen Chats findet eine detaillierte Planung terroristischer und extremistischer Aktionen statt.
Die rechtswidrigen BYPOL-Aktivitäten können auch mit den Akten im Strafverfahren nachgewiesen werden, die bei den Strafverfolgungsbehörden wegen einer Reihe von schweren und besonders schweren Straftaten einschließlich der Straftaten extremistischer Art anhängig sind: Aufhetzen oder Zwietracht, der Terrorakt, illegale Handlungen mit Schusswaffen, Munition und Sprengstoff, wissentliches Außerbetriebsetzen der Kraftfahrzeuge oder Verkehrsmittel, der Staatsverrat.

https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000022_1660222580_61644_big.jpg

15:01 de.rt.com: **Südafrika will sich im Ukraine-Krieg nicht vom Westen unter Druck setzen lassen**
Die südafrikanische Außenministerin beschuldigte einige westliche Staaten, die sie nicht beim Namen nannte, Druck auf ihr Land ausüben zu wollen – mit dem Ziel, es zur Parteinahme im Krieg zwischen Russland und der Ukraine zu bewegen.
Die südafrikanische Außenministerin Naledi Pandor hat erklärt, dass ihr Land sich von "einigen Staaten" nicht unter Druck setzen lasse, um im laufenden Ukraine-Krieg eine Partei ergreifen zu müssen. Versuche, andere Staaten im Krieg zur Parteinahme zu zwingen, seien nicht akzeptabel, so die südafrikanische Spitzendiplomatin.
In der Presse wurden ihre Äußerungen als Distanzierung gegenüber den Versuchen Washingtons gewertet, Russland und zunehmend auch China zu isolieren. Die Beziehungen zwischen Südafrika und den USA gelten aufgrund der unabhängigen Außenpolitik Südafrikas und seiner Weigerung, sich klar gegen Russland zu positionieren und sich den Sanktionen anzuschließen, als angespannt.
Zugleich betonte Pandor, dass sie froh über Blinkens Bestätigung gewesen sei, die USA würden von Südafrika nicht offiziell verlangen, eine der beiden Seiten im Ukraine-Konflikt zu wählen. Jedoch hätten andere Länder in Europa Druck auf ihre Regierung ausgeübt, eine solche Wahl zu treffen.
Pandor erklärte:
"Ich bin froh, dass Minister Blinken bestätigt hat, dass Amerika uns nicht vor die Wahl stellt.

Ich kann mich an keinen Versuch der Vereinigten Staaten erinnern, dies zu tun. Aber in Bezug auf unsere Interaktion mit einigen unserer Partner in Europa und anderswo gab es ein Gefühl der herablassenden Schikane in Richtung 'Ihr wählt dies oder das'."
Am Montag hatte sich Pandor in Südafrika mit dem US-Außenminister Antony Blinken getroffen, der gegenwärtig drei afrikanische Staaten bereist.
Die südafrikanische Außenministerin kritisierte dabei jedoch einen Gesetzesentwurf, der dem US-Kongress in Washington vorliegt. Dieser Entwurf mit dem Titel "Bekämpfung bösartiger russischer Aktivitäten in Afrika" könne dazu dienen, afrikanische Länder wegen ihrer Haltung im Ukraine-Konflikt zu bestrafen.
Sie erklärte:
"Die jüngste Gesetzgebung, die in den Vereinigten Staaten von Amerika vom Repräsentantenhaus verabschiedet wurde, fanden wir sehr unglücklich, und wir hatten gehofft, dass die Medien mehr darüber berichten würden. Denn wenn wir an die Freiheit glauben, wie ich es sage, an die Freiheit für alle, dann kann man nicht sagen: weil Afrika das tut, wird man durch die Vereinigten Staaten bestraft. Das war also eine enttäuschende Verabschiedung eines Gesetzes durch das eine Haus, und wir hoffen, dass das andere Haus [der Senat] einer solch anstößigen Gesetzgebung nicht zustimmen wird."
Südafrika und die anderen afrikanischen Staaten seien souveräne Nationen, die von der UN-Charta als gleichwertig anerkannt werden würden – trotz möglicher Unterschiede bezüglich der wirtschaftlichen Macht und Ausstrahlungskraft. Für die internationale Zusammenarbeit sei es wichtig, sich gegenseitig zu respektieren. Ihr persönlich gefalle es nicht, unter Androhung von Sanktionen vorgeschrieben zu bekommen, was sie zu tun habe.
Die Ministerin verwies außerdem auf den geringen Umfang der Beziehungen zwischen Südafrika und Russland. Russland sei ein "sehr vernachlässigbarer" Handelspartner für Südafrika. Der Handel zwischen Russland und Südafrika betrage nur vier Milliarden US-Dollar – im Gegensatz zu den zwanzig Milliarden US-Dollar mit den Vereinigten Staaten.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f4cb54b480cc623a09172f.jpg

15:24 de.rt.com: **Lettisches Parlament erklärt Russland zum Sponsor des Terrorismus**
Die lettische Saeima (Parlament) hat am 11. August Russland zum Staat erklärt, der angeblich Terrorismus unterstützt. Dies wird auf der Website der Saeima berichtet. Das Parlament bezeichnete die Handlungen des russischen Militärs in der Ukraine als Terrorismus und Russland als ein Land, das den Terrorismus angeblich sponsert.
Vor diesem Hintergrund forderte die Saiema die EU-Länder auf, die Ausstellung von Visa für Russen und Weißrussen unverzüglich auszusetzen. Die lettischen Parlamentarier behaupten, dass Russland angeblich seit vielen Jahren "terroristische Regime und Organisationen auf verschiedene Weise – direkt und indirekt – unterstützt und finanziert".
In der Erklärung heißt es, dass die Abgeordneten "die militärische Aggression und die groß angelegte Invasion in der Ukraine, die vom weißrussischen Regime unterstützt wird, aufs Schärfste verurteilen" und daher "die euro-atlantische Gemeinschaft und ihre Partner

auffordern, dringend umfassendere Sanktionen gegen Russland zu verhängen und bestehende zu verschärfen".

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f4ef42b480cc5ec53e1a28.jpg

15:34 de.rt.com: **Chinas Botschafter in Moskau: USA wollen Ukraine-Konflikt hinauszögern**

In einem Interview gibt der chinesische Botschafter in Russland Zhang Hanhui den USA die Schuld an den Krisen in der Ukraine und um Taiwan. Durch die Hegemonieansprüche der USA stelle Washington gegenwärtig die größte Bedrohung für den Weltfrieden dar, so der Diplomat.

Der Botschafter der Volksrepublik China in Moskau Zhang Hanhui hat am Mittwoch die Ansicht geäußert, dass die US-amerikanische Regierung versuche, den Ukraine-Konflikt möglichst in die Länge zu ziehen, um Russland zu schwächen.

In einem von der Nachrichtenagentur TASS geführten Interview führte Zhang die Ursachen der gegenwärtigen militärischen Auseinandersetzung auf die Osterweiterung der NATO und die US-unterstützte "Farbenrevolution" sowie auf die Versuche der USA zurück, die eigene Hegemonialstellung um jeden Preis erhalten zu wollen:

"Die USA provozierten fünf Runden von Osterweiterungen der NATO, orchestrierten die 'Farbenrevolution' in der Ukraine und trieben Russland im Bereich der Sicherheit maximal in die Enge, was schließlich die ukrainische Krise herbeiführte."

Der Botschafter fügte hinzu, dass in Washington, D.C. der "Initiator und Hauptprovokateur der ukrainischen Krise" sitze, indem die USA weiterhin Russland mit Sanktionen belegen und an die Ukraine Militärgerät liefern. Er erklärte:

"Das Endziel der USA besteht darin, sowohl mit langwierigen Kampfhandlungen als auch mit der Sanktionskeule Russland zu schwächen und zu zerquetschen."

Zhang zog außerdem Parallelen zwischen den Krisen in der Ukraine und um Taiwan. Der kollektive Westen habe das "ukrainische Szenario bei der Taiwan-Frage kopiert". Die Vereinigten Staaten würden in Bezug auf Taiwan die gleichen Praktiken einsetzen, wofür der Diplomat unter anderem die "Muskeldemonstrationen an Chinas Türschwelle" und die Unterstützung anti-chinesischer Gruppen als Beispiele nannte. Zhang folgerte:

"Dies kann als nichts anderes als eine asiatisch-pazifische Version der 'NATO-Osterweiterung' bezeichnet werden."

Der Botschafter kritisierte den jüngsten Besuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi auf Taiwan scharf. Der Besuch sei "eine eklatante Provokation und eine grobe Verletzung der Souveränität und der territorialen Einheit Chinas", er verletze das Ein-China-Prinzip sowie die Bestimmungen von drei chinesisch-US-amerikanischen Kommuniqués. Taiwan gehöre von alters her zu China und zum chinesischen Volk, und die Taiwan-Frage sei

Chinas interne Angelegenheit. Die Schuld an der Taiwan-Krise liege vollständig auf Seiten der Vereinigten Staaten, die konsequent eine Politik der doppelten Standards betreiben und das Ein-China-Prinzip nur in Worten einzuhalten vorgeben. Doch werde China die US-amerikanischen Provokationen nicht hinnehmen:
"Das heutige China ist nicht das China von vor hundert Jahren, das arm und schwach war und sich von anderen lenken ließ. Die moderne Welt ist nicht mehr die alte Welt, in der imperialistische Staaten auf chinesischem Boden nach Belieben schalten und walten konnten."
Zhang schätzte die USA insgesamt als extrem destruktiv und gefährlich für den weltweiten Frieden und Fortschritt ein. Washington betreibe eine Politik der Wiederbelebung des Kalten Krieges und nutze auch dessen Instrumentarium: "Faktisch führen sie jetzt schon einen verdeckten neuen 'Kalten Krieg'." Wiederholte US-amerikanische Verletzungen internationaler Regeln, von denen der Diplomat das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten besonders hervorhob, führten zu einer wachsenden Instabilität weltweit: "Hegemoniestreben und Politik der Stärke der USA wurden zur größten Herausforderung für Fortschritt und friedliche Entwicklung der menschlichen Zivilisation."
Eine wichtige positive Rolle im Widerstand gegen die Hegemonialbestrebungen und die Politik der Stärke in Washington maß der Botschafter Russland sowie der russisch-chinesischen Zusammenarbeit bei. Als ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrats würden Russland und China eine besondere Verantwortung zur Erhaltung des Friedens und zur Weiterentwicklung der Menschheit tragen. Die Beziehungen zwischen Moskau und Peking seien "die erfolgreichsten zwischenstaatlichen Beziehungen für die ganze Periode seit dem Ende des Kalten Krieges". Der Diplomat gab sich zuversichtlich, dass trotz der Versuche des Westens, sich mit seiner Politik der doppelten Standards und der Stärke durchzusetzen, China und Russland sich weiterhin für eine multipolare Welt und eine Demokratisierung internationaler Beziehungen einsetzen werden….

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f4f08548fbef5d0609c2f1.jpg
Zhang Hanhui, der Botschafter der Volksrepublik China in Russland

15:46 de.rt.com: **China: Inflation steigt nur leicht an**
Während westliche Volkswirtschaften hohe Inflationsraten von bis zu über zehn Prozent verzeichnen, scheint die Lage in der Volksrepublik China relativ stabil zu sein. Einzelne Produkte verteuern sich zwar saisonal bedingt, die Preise bleiben insgesamt aber stabil. Chinas Nationales Statistikamt teilte am Mittwoch mit, dass der chinesische Verbraucherpreisindex (CPI), ein Hauptindikator für die Inflation, im Juli im Vergleich zum Vorjahr um 2,7 Prozent gestiegen ist, wie die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua mitteilte. Die Preise für Produkte abgesehen von Lebensmitteln seien im Vergleich zum Juli 2021 um 1,9 Prozent gestiegen und damit weniger stark als im Vormonat (2,5 Prozent), wie aus den Daten des Statistikamtes hervorgeht. Der Kernverbraucherpreisindex, der Lebensmittel- und

Energiepreise nicht berücksichtigt, stieg im Juli im Jahresvergleich um 0,8 Prozent und lag damit unter dem Anstieg von 1 Prozent im Juni. Gerechnet auf Monatsbasis stieg der Index um 0,5 Prozent. Dong Lijuan, ein führender Statistiker des Amtes, machte steigende Preise für Schweinefleisch und frisches Gemüse sowie saisonale Faktoren dafür verantwortlich.
Aus den Daten des Statistikamtes geht ebenfalls hervor, dass die Lebensmittelpreise gegenüber dem Juli um 3 Prozent steigen und somit die monatliche Verbraucherinflation um etwa 0,53 Prozentpunkte nach oben trieben. Dabei machte insbesondere der Anstieg von Schweinefleisch, das in China als Grundnahrungsmittel gilt, von 25,6 Prozent im Zeitraum von Juni bis Juli auf sich aufmerksam. Der rapide Anstieg ist Dong zufolge darauf zurückzuführen, dass einige Schweinezüchter zögerten zu verkaufen, während die Verbrauchernachfrage stieg. Jedoch gab Chen Guanghua, ein Beamter des Ministeriums für Landwirtschaft und ländliche Angelegenheiten, auf einer Pressekonferenz im Juli Entwarnung, denn es werde nicht zu einem "anhaltenden und starken Anstieg" der Schweinefleischpreise kommen, da die Schweineproduktion ausreichend sei.
Die Preise für Frischgemüse stiegen von Juni auf Juli um mehr als zehn Prozent. Grund hierfür sind die hohen Temperaturen über längere Zeiträume in vielen Regionen Chinas. Dagegen fielen die Preise für Frischobst, dank üppigeren Angebots, um fast vier Prozent im selben Zeitraum. Die Preise für Nicht-Nahrungsmittel gingen im Monatsvergleich um 0,1 Prozent zurück, was den Verbraucherpreisindex um 0,07 Prozentpunkte nach unten drückte. Aufgrund der sinkenden internationalen Ölpreise fielen die Preise für Benzin und Diesel in China um 3,4 Prozent bzw. 3,6 Prozent.
Preise für Flüge, Hotels und allgemeine touristische Waren stiegen ebenfalls leicht. Die Daten des Statistikamtes ergaben ebenfalls, dass der chinesische Erzeugerpreisindex, der die Kosten für Waren am Werkstor misst, im Juli im Jahresvergleich um 4,2 Prozent gestiegen ist. Gegenüber dem im Juni verzeichneten Anstieg von 6,1 Prozent im Jahresvergleich ist dieser Wert allerdings zurückgegangen. Auf Monatsbasis ging der Index von Juni auf Juli vergangenen Monat um 1,3 Prozent zurück.
Wen Bin, Chefvolkswirt der China Minsheng Bank, erklärte in einem Bericht, dass sich der Druck auf die Situation in China durch Inflation in anderen Ländern verringere, da die Geldpolitik der großen Volkswirtschaften weiter gestrafft werden und die internationalen Rohstoffpreise sinken würden. Zugleich warnte er jedoch vor den Unsicherheiten, die sich aus der weltweiten geopolitischen Lage ergeben. Zudem werde China einem zunehmenden Druck durch die strukturelle Inflation ausgesetzt sein, so Wen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f4f9a848fbef61967249a0.jpeg

16:49 (15:49) novorosinform.org: **Kiew beschloss, Panzer und Artillerie aus Richtung Cherson zurück in den Donbass zu verlegen – Insider**
Der Präsident der Ukraine, Wladimir Selenskij, hhabeat beschlossen, sich die Argumente des Oberbefehlshabers der Streitkräfte der Ukraine, Walerij Salushny, anzuhören und die zuvor

für die Gegenoffensive zugewiesenen Armeereserven von Cherson in Richtung Peski zurückzubringen.
Nun wolle die ukrainische Führung die Offensive der russischen Streitkräfte und der DVR-Einheiten in Richtung Donezk stoppen. Das teilte der Telegram-Kanal „Legitimny“ unter Berufung auf eine Quelle im Büro des ukrainischen Präsidenten mit.
„Die politische Führung der Ukraine hat um des Kampfes um Cherson und der Störung des Referendums willen wieder einmal einen Krisenfall geschaffen und nun die Kräfte in den Fleischwolf geworfen, um die russischen Streitkräfte aufzuhalten“, heißt es in der Nachricht.
Jetzt werde Kiew versuchen, die Einkreisung von Awdejewka und Marjinka zu verhindern. Es werde aber nicht möglich sein, die verlorenen Positionen der Streitkräfte der Ukraine zurückzugewinnen.
Es wird darauf hingewiesen, dass dies sehr an die Situation mit Sewerodonezk erinnert, wo den ukrainischen Truppen zunächst der Rückzug befohlen und später beschlossen wurde, sie zurück zu schicken. Infolgedessen erlitten die Streitkräfte der Ukraine enorme Verluste und verloren auch die Kontrolle über die gesamte LVR.

https://novorosinform.org/content/images/07/91/50791_720x405.jpg

15:58 de.rt.com: **Militärisch-zivile Verwaltung von Energodar: Ukraine greift AKW Saporoschje erneut an**
Nach Angaben der Behörden von Energodar hat die ukrainische Armee das AKW Saporoschje und die Stadt Energodar erneut unter Beschuss genommen. Auf Videos waren Rauchsäulen über dem Gelände des Kernkraftwerks zu sehen. Nach vorläufigen Informationen wurde niemand verletzt.
Die militärisch-zivile Verwaltung des teilweise von der rusisschen Armee kontrollierten Gebiets Saporoschje hat von einem erneuten Angriff auf das Atomkraftwerk Saporoschje und die Stadt Energodar berichtet. Nach Angaben des Verwaltungssprechers Wladimir Rogow habe die ukrainische Armee Mehrfachraketenwerfer und schwere Geschütze eingesetzt. Die Attacke sei vom rechten Dnepr-Ufer her erfolgt – aus den Ortschaften Nikopol, Marganez und Tomakowka im Gebiet Dnepropetrowsk, das von der ukrainischen Armee kontrolliert wird.
Die örtlichen Behörden sprachen von insgesamt zehn Treffern. Fünf Geschosse schlugen in der Nähe der AKW-Verwaltung ein – unweit eines Schweißgeländes und eines Lagers mit Strahlquellen. Weitere fünf Treffer wurden in der Nähe der Feuerwehrstation registriert, die sich in der Nähe des Atomkraftwerks befindet. Nach vorläufigen Informationen wurde bei der Attacke niemand verletzt.
Rogow teile ferner auf Telegram mit, infolge der Attacke sei im AKW Saporoschje der Schichtwechsel gestört worden: Die Ablösung sei bis auf Weiteres in Energodar geblieben.
In den sozialen Netzwerken tauchten inzwischen Videos auf, die die ukrainische Attacke auf das Atomkraftwerk zeigen sollen.

Das war nicht das erste Mal, dass ukrainische Truppen das AKW Saporoschje unter Beschuss nahmen. Seit dem 5. August wurden solche Attacken immer häufiger. In der Nacht zum 7. August beschoss die ukrainische Armee das Gelände des Atomkraftwerks mit Mehrfachraketenwerfern vom Typ Uragan. Dabei landete das Triebwerk einer Rakete ungefähr 400 Meter von einem Atommeiler entfernt. Am Morgen des 11. August konnte die russische Flugabwehr eine ukrainische Attacke auf die Stadt Energodar und das AKW Saporoschje abwehren. Vor diesem Hintergrund berief Russland eine Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrates ein.

16:36 de.rt.com: **Scholz fordert Russland auf, Turbine für Nord Stream 1 zurückzunehmen**
Bundeskanzler Olaf Scholz hat Russland aufgefordert, die aus Kanada nach Deutschland gelieferte Turbine für die Nord-Stream 1-Pipeline zurückzunehmen. Der Politiker äußerte diese Forderung auf einer Pressekonferenz in Berlin. Die von Siemens-Energy gewartete Turbine befindet sich derzeit in Deutschland.
Gazprom, der Besitzer des Bauteils, besteht seinerseits darauf, dass das Unternehmen für die Rückgabe der Turbine dokumentierte Erklärungen der EU und Großbritanniens benötige, die die Sanktionsrisiken in Bezug auf die Reparatur und den Transport solcher Anlagen ausschließen würden.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f4fe4d48fbef5c9a11ba83.jpg
Olaf Scholz bei der Pressekonferenz am 11. August

17:37 (16:37) novorosinform.org: **Norwegen beteiligt sich an der Ausbildung des ukrainischer Militärs**
Der norwegische Verteidigungsminister kündigte an, dass das Land seine Ausbilder nach Großbritannien entsenden werde.
Björn Arrild Gram sagte, das Land entsende Militärausbilder nach Großbritannien. Dies sei notwendig, damit sie dort am Ausbildungsprogramm für ukrainische Soldaten teilnehmen können.
Der Minister betonte, Norwegen stehe der Initiative des Vereinigten Königreichs zur Ausbildung des ukrainischen Militärs positiv gegenüber. Die Entscheidung, Kiew eine Grundausbildung der Streitkräfte anzubieten, geht von London aus, das andere Länder eingeladen hat, daran mitzuwirken.
Dänemark, Island, Lettland, Litauen, die Niederlande, Norwegen, Finnland, Schweden und Estland haben sich der Initiative angeschlossen.

https://novorosinform.org/content/images/07/95/50795_720x405.jpg

16:57 de.rt.com: **Humanitäre Hilfsgüter an Flüchtlinge aus der Ukraine in Russland verteilt**
Freiwillige Mitarbeiter des Nationalen Zentrums für die Unterstützung vermisster und betroffener Kinder und Mitarbeiter des russischen Katastrophenschutzministeriums haben Flüchtlingen aus der Ukraine und dem Donbass, die in einer Notunterkunft im Gebiet Rostow untergebracht sind, humanitäre Hilfsgüter übergeben. Dies gab der Pressedienst des Zentrums bekannt:
"Fast 1.500 Personen erhielten eine individuelle Hilfe, nach deren Prinzip die Boxen gepackt wurden. Es handelte sich um Familien mit vielen Kindern und Minderjährigen. Die freiwilligen Helfer des Nationalen Zentrums wurden bei der Verteilung der humanitären Hilfe von Mitarbeitern des Ministeriums für Notsituationen unterstützt."
Jelena Milskaja, die Vorsitzende des Kuratoriums des Zentrums, betonte, die Hilfe für Kinder und große Familien, die aus der DVR und der LVR evakuiert wurden, sei in erster Linie eine gemeinsame menschliche Pflicht.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f4faa2b480cc29dd270d0a.jpg

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 11. August 2022**
Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.
In 30 befreiten Ortschaften wurden Renten und Sozialzahlungen ausgezahlt.
An Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich mehr als 6500 Menschen.

In Mariupol wurde ein Kommunikationsobjekt in Betrieb genommen. In Melekino wurde ein großflächiger Schaden an einem Faseroptikkabel beseitigt. In Swetlodarsk wurden technische Arbeiten an einem Objekte eines Radio- und Fernsehzentrums durchgeführt.
Zivilschutzkräfte haben mehr als 33 Hektar Territorium und 4200 Quadratmeter Gebäude untersucht und 816 explosive Objekte entschärft.
Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät sind.
So **haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Donezk, Luganskoje, Makejewka, Pantelejmonowka und Jassinowataja-Bezirk abgeworfen.** Zurzeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung.
Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium an.
Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.
Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:41 de.rt.com: **Russisches Außenministerium: Die Schweiz hat ihre Neutralität verloren und kann Interessen Kiews in Russland nicht vertreten**
Die Schweiz hat ihren neutralen Status verloren und könne die Interessen Kiews in Russland nicht vertreten, sagte der stellvertretende Direktor der Informations- und Presseabteilung des russischen Außenministeriums, Iwan Netschajew, bei einem Briefing in Moskau. Er erklärte:
"Die Schweizer sind in der Tat an unserer Meinung über die mögliche Vertretung der Interessen der Ukraine in Russland und der Interessen Russlands in der Ukraine interessiert, und das schon seit geraumer Zeit."
Russland hat sehr deutlich geantwortet, dass die Schweiz leider den Status eines neutralen Staates verloren habe und nicht als Vermittler oder Interessenvertreter auftreten könne, so Netschajew. Er erinnerte daran, dass Bern sich den illegalen Sanktionen gegen Russland angeschlossen hat, das volksfeindliche Nazi-Regime in Kiew unterstütze und sich an der aggressiven russophoben Kampagne des Westens und der Ukraine beteiligte. Netschajew fragte sich:
"Wie man bei einem solchen Verhalten Vermittlung, Vertretung und andere gute Dienste anbieten kann, ist völlig unverständlich."
Die Tatsache, dass Bern in Kenntnis der Stellungnahme die Gespräche mit Kiew über die Frage der gegenseitigen Vertretung fortgesetzt hat, bestätige, dass ihm die Interessen Russlands nicht wirklich am Herzen liegen. Netschajew fügte hinzu:
"Dies bestätigt nur unsere Position, dass eine Vertretung oder Vermittlung durch die Schweiz nicht infrage kommt."
Die Schweiz und die Ukraine hatten sich zuvor darauf geeinigt, die Interessen der Ukraine in Russland durch die Schweiz vertreten zu lassen, die Länder warten nun auf die Zustimmung Moskaus, so das Schweizer Außenministerium. Bern wies darauf hin, dass die Schweiz seit Beginn des Ukraine-Konflikts bereit war, den Parteien ihre Dienste, insbesondere eine Verhandlungsplattform, sowie inhaltliche und fachliche Unterstützung bei möglichen Verhandlungen zur Verfügung zu stellen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f51d7348fbef59fb521974.jpg
Gebäude des russischen Außenministeriums in Moskau

17:44 de.rt.com: **EU-Außenbeauftragter Borrell schwört EU-Bürger auf Ausgaben für Unterstützung der Ukraine ein**

Josep Borrell findet, dass die europäischen Bürger bereit sein sollten, einen Preis für die Unterstützung der Ukraine und die Einheit der EU zu zahlen. Dem EU-Spitzenpolitiker zufolge sei der Ukraine-Krieg keine Angelegenheit der Anderen, sondern er treffe die EU direkt.

Der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, hat in einem Interview für die spanische Zeitung El País die EU-Bürger zu mehr Solidarität mit der Ukraine aufgefordert. Dem Vizepräsidenten der EU-Kommission zufolge müsse die EU-Bürgerschaft dazu bereit sein, "einen Preis für die Unterstützung der Ukraine und die Einheit der EU zu zahlen". In dem am Donnerstag veröffentlichten Gespräch sagte Borrell, man müsse den EU-Bürgern erklären, dass der Ukraine-Krieg kein Krieg der Anderen sei. "Wir sind im Krieg: Solche Dinge sind nicht gratis, obwohl man schon versuchen muss, die Bemühungen gleichmäßig aufzuteilen."

Der Ukraine-Konflikt treffe die EU direkt, obwohl dort keine EU-Soldaten fielen. Borrell kommentierte gegenüber dem Blatt, dass die USA und die EU derzeit die Ukraine mit Waffen belieferten, damit Kiew mit Moskau verhandeln könnte. Zuvor hätten die Waffenlieferungen offenbar der Ukraine ermöglichen sollen, "gegen Russland auf Augenhöhe zu kämpfen". Der EU-Spitzenbeamte hob hervor, dass alle Kriege mit Verhandlungen endeten.

"Unser Ziel ist, dass die Ukraine an die Verhandlungen, wenn ihre Zeit gekommen ist, in der besten Verfassung kommt. Und das geht über die Verteidigung ihres Territoriums."

Außerdem teilte der EU-Spitzenpolitiker mit, die Europäer müssten sich auf einen langwierigen Konflikt gefasst machen und nach politischen Lösungen suchen.

"Wenn mir jemand sagt, wir sollten aufhören, der Ukraine zu helfen, weil der Krieg dann kürzer dauern würde, stelle ich sofort die Frage, ob es uns egal ist, wie dieser Krieg endet."

In der vergangenen Woche hatte der finnische Präsident Sauli Niinistö erklärt, dass sich die EU-Länder angesichts der sich abzeichnenden Energiekrise und der darauffolgenden wirtschaftlichen Rezession daran gewöhnen müssten, dass ihre Wirtschaften nicht mehr von Jahr zu Jahr wachsen würden.

In diesem Zusammenhang warnte Borrell, es herrsche eine "echte Ungewissheit" über die erforderliche Gasmenge für den kommenden Winter und über die Fähigkeit der EU-Bürger, dafür zu zahlen. Angesichts der steigenden Preise und des sich verlangsamenden Wirtschafswachstums sei der Staatenverbund mit einem "perfekten Sturm" konfrontiert.

"Wir müssen uns auf einen möglichen Gasausfall vorbereiten – vor allem durch das

Einsparen, die Diversifikation und die Solidarität unter uns."
Am Dienstag war der europäische Gasnotfallplan in Kraft getreten. Er sieht vor, dass alle EU-Länder ihren Gasverbrauch von Anfang August bis März nächsten Jahres freiwillig um 15 Prozent senken, verglichen mit dem Durchschnittsverbrauch der vergangenen fünf Jahre in diesem Zeitraum. Insgesamt müssen nach Zahlen der EU-Kommission 45 Milliarden Kubikmeter Gas gespart werden. Deutschland müsste etwa zehn Milliarden Kubikmeter Gas weniger verbrauchen, um das 15-Prozent-Ziel zu erreichen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f4f33bb480cc5f8664d783.jpg

abends:

18:02 de.rt.com: **Keine erhöhte Strahlung nach dem Angriff der ukrainischen Streitkräfte auf dem Territorium von AKW Saporoschje**
Ein Mitglied des Hauptrates der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Saporoschje, Wladimir Rogow, hat erklärt, dass die Strahlung nach dem Angriff auf das Atomkraftwerk Saporoschje nicht höher als sonst ist. Dies sagte er im Radiosender Komsomolskaja Prawda. Rogow fügte hinzu, dass Kiew versucht habe, die Betonlager des Atomkraftwerks Saporoschje anzugreifen, in denen Tausende von radioaktiven Abfällen gelagert werden.

18:15 de.rt.com: **Deflation in Russland setzt sich fort: Preisverfall im Juli beträgt 0,39 Prozent**
Vor dem Hintergrund der zunehmenden Inflation in Europa und den USA verzeichnet der russische staatliche Statistikdienst den zweiten Monat in Folge eine Deflation: Lebensmittel werden billiger. Der Trend gilt aber nicht für alle Bereiche: Dienstleistungen werden teurer.
Nach Angaben des russischen Föderalen Dienstes für staatliche Statistik (Rosstat) vom 8. August hat sich die Jahresinflation im Land auf 15 Prozent verlangsamt. Demnach stieg die Deflation im Juli dieses Jahres auf 0,39 Prozent im Vergleich zum Kennwert im Juni, als die Deflation 0,35 Prozent erreicht hatte. In den vorigen Monaten von Januar bis Mai hatte das russische Statistikamt noch eine Inflation registriert: 0,99 Prozent im Januar, 1,17 Prozent im Februar, 7,61 Prozent im April und 0,12 Prozent im Mai.
Somit fiel die Deflation im Juli größer aus, als Ökonomen zuvor prognostiziert hatten: Der föderale Dienst für Statistik Rosstat war von 0,2 Prozent ausgegangen. Ohne diese jährliche Indexierung der Wohnungskosten, die gewöhnlich im Juli abgewickelt wird, wäre die Deflation noch höher gewesen.
Im Juli 2022 betrug der Verbraucherpreisindex 99,61 Prozent gegenüber 110,98 Prozent im Dezember 2021.
Die Preise für Lebensmittel nahmen im Juli um 1,53 Prozent ab. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stiegen sie aber um 16,76 Prozent. Dabei sanken die Preise für Obst und Gemüse im Juli um 11,53 Prozent und stiegen um 6,04 Prozent im Vergleich zum Jahr 2021. Im Juli kostete der Kohl 33,2 Prozent weniger. Die Kartoffelpreise fielen um 27,6 Prozent.

Rote Bete wurden um 27,1 Prozent billiger, Tomaten um 14 Prozent, Karotten um 13,3 Prozent, Gurken um 7,7 Prozent und Äpfel um 5,9 Prozent. Weniger kosteten auch andere Lebensmittel wie Eier (4,4 Prozent), Zucker (3,5 Prozent) und Sonnenblumenöl (1,4 Prozent).
Die Preise für Non-Food-Produkte fielen im Juli durchschnittlich um 0,44 Prozent und stiegen um 16,50 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Der stärkste Preisverfall wurde bei Zweikammer-Kühlschränken (6,3 Prozent), Spanplatten (6,0) und Kameras (5,6) verzeichnet. Spritpreise blieben unverändert.
Die Preise für Dienstleistungen stiegen jedoch um 1,41 Prozent im Vergleich zum Vormonat und um 10,75 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Ökonomen erklärten dies mit der Indexierung der Wohnungskosten. Preise für Verkehrsdienstleistungen nahmen erheblich zu – nämlich um 3,26 Prozent.
Zuvor hatte Russlands Zentralbank am 22. Juli den Leitzins von 9,5 auf 8 Prozent gesenkt. Gleichzeitig senkte die Zentralbank ihre Inflationsprognose für das Jahr 2022 von 14-17 Prozent auf 12-15 Prozent. Ihre Prognose von 5-7 Prozent für das Jahr 2023 und vier Prozent für das Jahr 2024 blieb unverändert.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f5084f48fbef2a462bf012.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 11.08.22**
Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 200 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“ und „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.
Die Gebiete von **14 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses wurden **3 Zivilisten, darunter ein Kind, verletzt**. 12 Wohnhäuser und 2 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.
Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.
Zurzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.
Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **3 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 4 verletzt** wurden.
Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:53 de.rt.com: **Sacharowa nennt lettische Behörden "Neonazis" nach Entscheidung, Russland als Sponsor des Terrorismus anzuerkennen**
Die Entscheidung der lettischen Saeima (Parlament), Russland als Sponsor des Terrorismus

anzuerkennen, entbehrt jeder sachlichen Grundlage, außer der "tierischen Fremdenfeindlichkeit". Dies hat die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, gesagt. Sie erklärte:
"Da es für diese Entscheidung keine andere faktische Grundlage als tierische Xenophobie gibt, sollten die Ideologen dieser Entscheidung als Neonazis bezeichnet werden."
Sacharowa erinnerte auch daran, dass sie die Initiative der lettischen Behörden vor einigen Tagen bei einem Briefing kommentiert hatte. Damals stellte sie insbesondere fest, dass die "pathologische Russophobie der [lettischen] herrschenden Elite" bereits ernste wirtschaftliche und soziale Probleme in diesem baltischen Land verursacht und den Lebensstandard der Bevölkerung gesenkt habe.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f52fa148fbef59fb521992.jpg

19:28 de.rt.com: **Die USA unterstützen Idee der Einrichtung einer entmilitarisierten Zone um Atomkraftwerk Saporoschje**
Die US-Behörden unterstützen die Idee der Einrichtung einer entmilitarisierten Zone um das Atomkraftwerk Saporoschje. Dies teilte ein Beamter des US-Außenministeriums am Donnerstag mit. Er sagte:
"Ein Kampfeinsatz in der Nähe des Atomkraftwerks ist gefährlich und unverantwortlich. Wir fordern Russland weiterhin auf, die Militäroperationen in den oder in der Nähe von ukrainischen Nuklearanlagen einzustellen und die volle Kontrolle über diese Anlagen an die Ukraine zurückzugeben. Wir unterstützen auch die Forderung der Ukraine nach einer entmilitarisierten Zone um das Atomkraftwerk."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f5349b48fbef588a028aae.jpg
Atomkraftwerk Saporoschje

19:33 de.rt.com: **Wegen Beschusses von AKW Saporoschje: Russland warnt vor Tragödie "schlimmer als Tschernobyl"**
Das russische Außenministerium hat davor gewarnt, dass Kiews Beschuss des AKW Saporoschje zu einer Atomkatastrophe führen könnte. Diese könnte sogar schlimmer als die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl ausfallen.
Der Beschuss des AKW Saporoschje durch ukrainische Streitkräfte sei ein Akt des Nuklearterrorismus und könne zu einer Katastrophe führen, die die von Tschernobyl übertrifft. Dies erklärte Iwan Netschajew, stellvertretender Direktor der Informations- und Presseabteilung des russischen Außenministeriums, bei einem Briefing am Donnerstag.
Wörtlich hieß es:
"In den letzten Tagen haben ukrainische Einheiten das Gebiet des Atomkraftwerks Saporoschje mehrmals beschossen, was ein Akt des Nuklearterrorismus ist. Ein solches Vorgehen des Kiewer Regimes könnte zu einer Katastrophe führen, die das Ausmaß des Unfalls im Atomkraftwerk Tschernobyl bei Weitem übertrifft."
Netschajew fügte hinzu, dass die Zone der Strahlenverseuchung nicht nur die nahe gelegenen Gebiete der Ukraine, Russlands, der DVR und der LVR betreffen könnte, sondern auch andere europäische Länder, wodurch Millionen von Menschenleben gefährdet würden.
Am Donnerstag wird auf Initiative Russlands eine Sitzung des UN-Sicherheitsrates zu diesem Problem stattfinden. Daran erinnerte Netschajew und betonte, Russland erwarte, dass die internationale Gemeinschaft und die internationalen Sonderorganisationen "der sich abzeichnenden katastrophalen Situation die gebührende Aufmerksamkeit" schenken werden: "Wir befürworten die Ausrichtung einer IAEO-Mission im Atomkraftwerk Saporoschje, die im Juni aufgrund der Entscheidung der Sicherheitsabteilung des UN-Sekretariats unterbrochen wurde."
Am 11. August soll das ukrainische Militär erneut das Atomkraftwerk Saporoschje und die Gebiete in der Nähe des Atomkraftwerks beschossen haben. Dies berichtete Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der Militärischen Zivilverwaltung des Gebiets Saporoschje. Die Ukraine wirft dagegen Russland vor, das AKW mehrmals beschossen zu haben.
Das Atomkraftwerk Saporoschje ist das größte in Europa und erzeugt ein Viertel des gesamten Stroms in der Ukraine. Die Anlage mit einer Kapazität von rund 6.000 Megawatt besteht aus sechs Kraftwerksblöcken. Derzeit ist das Kernkraftwerk zu 70 Prozent ausgelastet, da auf dem befreiten Gebiet von Saporoschje ein Überschuss an Strom produziert wird.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62f5287a48fbef59fb521989.jpg
Ein verlassenes Dorf nahe dem Kernkraftwerk Tschernobyl

19:56 de.rt.com: **UN planen keine Stationierung von Friedenstruppen im AKW Saporoschje**
Von der Entsendung von UN-Friedenstruppen in das Atomkraftwerk Saporoschje ist nicht die Rede, da die Parteien selbst in der Lage seien, einen Sicherheitsbereich um die Anlage herum zu gewährleisten. Dies hat der Sprecher des UN-Generalsekretärs, Stéphane Dujarric, bei

einem Briefing erklärt. Er sagte:
"Ich glaube nicht, dass es eine Diskussion über die Entsendung von UN-Friedenstruppen gibt. Ich denke, dass die Parteien durchaus in der Lage sind, der Vision zu folgen, die der UN-Generalsekretär in seiner Erklärung skizziert hat."